

FLZ Nr. 2-2025
Jahrgang 46
Mai 2025



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL-, ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH



Boris Rhein: Bereits im Landtagswahlkampf hatte die CDU „durch die Bäume“ angekündigt, dass sie sich bei den Rücklagen der Schulen finanziell bedienen würde. Manche hatten damals ironisch geglaubt, die CDU würde es um eine Stärkung der Bildung gehen. Sie werden aktuell eines Besseren belehrt.

Griff in die Kasse = Schlag ins Gesicht der Schulen

Ein Kommentar zu den Rücklagenstreichungen

Im Haushalt 2025 wird gespart – koste es, was es wolle. Anders lässt es sich kaum beschreiben, denn die 20 Millionen Euro Rücklagen der Schulen sind für den Hessischen Haushalt ein sehr geringer Betrag, der Gesamthaushalt liegt bei etwa 38 Milliarden Euro. Aber dieser kleine Betrag hat dennoch eine große Wirkung, allerdings an anderer Stelle, nämlich dort wo er wegfällt.

Viele Schule haben eben nicht ohne Grund Rücklagen gebildet – viele hatten hier größere Investitionen geplant, oft auch für Anschaffungen, die notwendig sind, aber deren Kosten das Land Hessen nicht direkt übernehmen möchte.

Und das ist die Realität an den Frankfurter Schulen: Vielfach können benötigte Lehrmittel nicht beschafft werden. Andere Schulen sind im Startchancenprogramm, erhalten hierfür auch Budgets und erleben gerade, dass ihnen dieses Geld an anderer Stelle wieder abgezogen wird – sieht so eine angemessene Unterstützung von Schulen mit besonderen Herausforderungen aus?

An vom Arbeitgeber bezahlte Fortbildungen braucht man gar nicht mehr denken – 40 Euro pro Stelle war schon bei der Einführung 2012 ein lächerlich geringer Betrag, der niemals erhöht wurde.

Das Hessische Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen sollte angesichts dieser Situation über eine Umbenennung nachdenken, da die getroffenen Maßnahmen eher einen Gegensatz zum Namen darstellen. Wir sind konstruktiv und machen einen Vorschlag: „Hessisches Ministerium gegen Bildung und ohne Chancen“. Das wäre es wenigstens eine ehrliche Benennung, denn das Vertrauen in die Verlässlichkeit und den ernsthaften Willen, Schulen zu unterstützen, ist inzwischen sowieso zerstört!

Sebastian Guttmann

Widerstand ist notwendig!

Im Dezember 2024 wiesen wir mit einer Protestaktion, im Februar 2025 mit einer großen Demonstration in Frankfurt darauf hin: Die Absenkung der Besoldungserhöhung für das Jahr 2025 ist ein Skandal! Nichts anderes stellt die Verschiebung des zweiten Erhebungstermins der Beamtenebezüge von August auf Dezember dar – das ist nicht nur aus Einkommenssicht ein großes Problem.

Vielmehr ist es ein Präzedenzfall für Wortbruch, Missachtung und Geringschätzung von Seiten der Hessischen Landesregierung. Viele haben darauf hingewiesen, dass dies erst der Anfang sei und weitere Einsparungen kommen werden. Und so schnell kommt es dann auch, die Rücklagen der Schulen werden mit derselben Methode einfach mal um zwei Drittel gekürzt. Weil man es kann! Was das für die Schulen bedeutet? Egal. Ist die Landesregierung verlässlich? Offensichtlich nicht.

Auf eines kann man sich allerdings verlassen. Es wird so weitergehen. Die nächsten Einsparungen werden spätestens 2026 kommen und spätestens jetzt sollte es jeder wissen. Klassengrößen und Erhöhung der Pflichtstundenzahl können die nächsten Maßnahmen sein – auf Folgen wird keine Rücksicht genommen.

Notwendig ist, dagegen zu protestieren und die Folgen für die Öffentlichkeit sichtbar zu machen. Die GEW wird dies weiter tun – wirksam geht das allerdings nur mit großer Unterstützung aller Betroffenen!

Auch in der kommenden Tarifauseinandersetzung wird es wichtig sein, dass wir uns alle gemeinsam für ein möglichst gutes Ergebnis einsetzen. Die Auseinandersetzung im TrÖD hat gezeigt, wie wichtig das ist!

Lasst uns gemeinsam für bessere Bedingungen streiten!

Laura Preusker & Sebastian Guttmann

MACH DICH STARK MIT UNS
1. Mai 2025

PROGRAMM

10:30 Uhr
■ Demonstration zum 1. Mai ab Hauptwache, Frankfurt am Main

12:00 Uhr
■ Kundgebung zum Tag der Arbeit Römerberg, Frankfurt am Main
Guido Zeitler, Vorsitzender Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) / Oberbürgermeister Mike Josef / Philipp Jacks, Frankfurter DGB-Vorsitzender / DGB-Jugend-Aktion

Musik: Gelinde Gesagt Folk, Pop, Chanson
Außerdem: Spielmobil, Essen, Getränke, Infostände.

Aktuelle Infos und Aufruf:
www.dgb-frankfurt.de



Demonstration am 1. Februar in Frankfurt

„Das Bildungssystem in Deutschland steht unter enormen Druck mit historischem Ausmaß und der Gefahr für schwerwiegende Folgen für die nachfolgende Generation.“

(Offener Brief der GEW an die Bundesregierung)

Der Bildungsnotstand knapp zusammengefasst

Investitionsstau für kommunale Bildungseinrichtungen und Schulen: 67,5 Mrd. Euro (KfW) - **Kindertageseinrichtungen**: 430.000 Betreuungsplätze und über 125.000 Fachkräfte fehlen, trotz Rechtsanspruch, der vor über zehn Jahren eingeführt wurde. - **Neueinstellungen Lehrer**: in den letzten zwei Jahren 12 % als „Seiteneinsteiger:innen“ ohne klassische Lehramtsausbildung. An einigen Schulen überwiegt ihre Anzahl die Vollausgebildeten. - **Grundschule**: Für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026/27 kommt ein Personalbedarf für voraussichtlich 600.000 Kinder zum Ende des Jahrzehnts hinzu. - **Jugend- und Kinderhilfe**: Die Bundesregierung will die Investitionen für Jugendzentren, Sportvereine, Jugendverbände u.ä. massiv kürzen. – Was wir brauchen:

Sondervermögen Bildung von 130 Milliarden Euro Gelder für das Kita-Qualitätsgesetz, Stärkung der Kinder- und Jugendpflanzmittel, die politische Bildung, einen Digitalpakt 2.0 und ein Ganztagsqualitätsgesetz.

GEW-Forderungen zur Bundestagswahl 2025 (Auszüge)

Ziel des Dresdner Bildungspipfels der Bundesregierung 2008: ab 2015 10 % des BIP für Bildung und Forschung. Bis dato sind 160 Milliarden verloren gegangen, der Investitionsbedarf für Kitas, Schulen und Hochschulen beträgt heute mindestens 130 Milliarden Euro. – Forderung:

■ „**Sondervermögen Bildung**“ von mindestens **130 Milliarden Euro**

Fachkräftemangel: Erzieherinnen haben den höchsten Krankenstand von allen Beschäftigungsgruppen: 30 Tage gegenüber 20 Tagen im Schnitt aller Branchen! 73 % der Lehrer, 54 % bei Kita und Sozialarbeit berichten über Engpässe durch fehlendes Personal. Benötigt werden bis 2030

■ **100.000 pädagogische Fachkräfte für die Ganztagschule**

Kita-Qualitätsgesetz: Investitionsbedarf für Personal: 14 Mrd. Euro, 10 Mrd. sind für die bauliche Infrastruktur notwendig. – Forderungen: Bund muss sich zur Hälfte an den Kita-Kosten beteiligen. ■ **12 Milliarden Euro**

Hochschule und Forschung: Zeiterträge mit immer kürzeren Laufzeiten. Es braucht ■ **Dauerstellen für Daueraufgaben**

Situation Bildung Hessen

10.000 ausgebildete Lehrer fehlen in Hessen

Im vorigen Schuljahr arbeiteten schon 8800 Menschen ohne Lehramt im Schuldienst. Immer weniger junge Menschen nehmen ein Lehramtsstudium auf und noch weniger schließen es ab. Häufige Gründe: Der stressige Berufsalltag und die schlechten Studienbedingungen an den Hochschulen. Die Situation wird sich also weiter verschärfen.

Die verschiedenen Lösungsversuche, wie zum Beispiel der Quereinstiegsprogramme, mögen die Katastrophe etwas verkleinern, aber allzu oft laufen sie auf eine Entqualifizierung von Bildung und Erziehung durch nur halb oder unzureichend ausgebildetes Personal hinaus. Am Ende verschärft das die Bildungskatastrophe noch.

Einsparungen im Landeshaushalt 2025 / Indirekte Folgen der Sparpolitik

Die Koalition hat ihr Defizit von 1,75 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2025 durch Einsparungen und Mobilisierung aller Rücklagen ausgeglichen: Verschiebung der Besoldungserhöhung (180 Mio. Euro) / Kürzung beim kommunalen Finanzausgleich (345 Mio. Euro) / geringere Ausgaben durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen (180 Mio. Euro) / Hochschulen stellen Baurücklagen zur Verfügung (475 Mio. Euro) / Rückgriff auf allgemeine Rücklage des Landes (500 Mio. Euro) Summe: 1.700 Mio. Euro.

Stellenzuwachs im Haushalt 2025 bleibt hinter Bedarf zurück

Der SchülerInnenzuwachs und der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen (1.890 bis 2.340 Stellen) bilden zusammen einen weit höheren Bedarf als die angekündigten (und noch nicht realisierten) 2000 neuen Stellen im Haushalt 2025.

Sozialkalkuschlag auf den Haushalt 2026 aufgeschoben

Für das Haushaltsjahr 2026 ist eine weitere historische Operation „Düsterer Zukunft 2.0“ zu erwarten. Ein Loch von 1,75 Mrd. Euro ist zu schließen, das in diesem Jahr durch Einsparungen nur vorübergehend gestopft wurde.

Die Steigerung des Sozialhaushalts, die Landesmittel für die Kommunalisierung sozialer Hilfen werden weit hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Die Landesmittel sind seit 2019 nicht angehooben worden.

Zusammenstellung von Lohar Ott



Auf den Punkt gebracht: Schüler:innen der IGS-Süd bei einer Aktion im Stadtschulamt am 3.4.25

Wir wollen nicht noch länger in einem einsturzgefährdeten Gebäude lernen und arbeiten!“

Resolution der Personalversammlung der IGS Süd

Seit Jahrzehnten sind die baulichen Mängel am Gebäude der IGS Süd bekannt. Seit einem Jahr arbeiten wir mit 6 gesperrten Räumen. Das ist für alle herausfordernd. Nun sollen ab den Osterferien 15 weitere Räume gesperrt werden und damit nicht mehr für die pädagogische Arbeit zur Verfügung stehen. Wir sind nur ein Beispiel von sehr vielen. So kann es nicht weitergehen.

Frankfurt ist eine reiche Stadt in einem reichen Land. Gerade wurde von einem abgewählten Bundestag eine Option auf unbegrenzte Kreditaufnahme für Militärausgaben beschlossen, während der Kredit für alle Infrastrukturmaßnahmen in ganz Deutschland auf 500 Milliarden Euro begrenzt ist. Davon sind die Ausgaben für Bildung nur ein kleiner Teil. Hier wird – nach dem 100 Milliarden Euro Sonderkredit für die Rüstung – erneut sichtbar, dass der Bildungsnotstand höchstens zweitrangig ist. Gleichzeitig wurden auch noch unsere schulischen Rücklagen von etwa 150.000 Euro gestrichen – eine weitere Sparmaß-

nahme auf dem Rücken der gesamten Schulgemeinde. Die Leitenden dieser Prioritätensetzung sind vor allem die Kinder und Jugendlichen, aber auch die Eltern, die Familien sowie alle Menschen, die in der IGS Süd arbeiten. Wir fragen: Wie sollen wir unter diesen Bedingungen das Menschenrecht auf Bildung noch gewährleisten? Der Rest des Gebäudes bleibt nur nutzbar, weil alle Flure mit etwa 500 Metallstreben abgestützt werden. Jeden Tag wird sichtbar sein: Wir sollen in einem einsturzgefährdeten Gebäude lernen und arbeiten.

Innerhalb von einem Jahr hat die Zahl der nicht mehr nutzbaren Räume von 6 auf 21 zugenommen. Weitere „Ausweichräume“ haben wir nicht. Die Vorfälle von Marburg und Kassel sind uns noch in Erinnerung. Zu allem Überflus soll dieser untragliche Zustand nicht nur wegzugest bis zum Sommer 2026 andauern, sondern der Umzug wird – mal wieder – verschoben, dieses Mal auf 2028. Dieser Wort-

bruch sorgt für weitere Unklarheiten: Wird es dem 2028 wirklich so sein und wird das Gebäude so lange überhaupt noch durchhalten? Und noch viel schlimmer: Die Zukunft der Schule steht auf dem Spiel: Welche Familie, welches Kind will sich in so einer Schule anmelden?

Frau Weber (Frankfurter Bau- und Bildungsdezernentin) und Herr Schwarz (hessischer Minister für Kultur, Bildung und Chancen), kommen Sie gern einmal in die IGS Süd, um sich selbst zu überzeugen: Sie sind jetzt gefordert. Sie müssen jetzt handeln.

Wir brauchen: ■ **Verlässliche Zusagen!** Auslagerung an den Ersatzstandort wie geplant im Sommer 2026!

■ **Schnelle und unbürokratische Lösungen!** ■ **Container für den Übergang, um wieder Platz zum Lernen und Arbeiten zu haben!** ■ **Erhebliche Mittel und Personal für Bildung, Schulen und Schulbau!**

Aus Frankfurter Schulen:

Rückmeldungen zu den Rücklagenkürzungen

„Die Herausforderung und Konsequenz sind für uns, dass alles auf ein Minimum reduziert werden muss, gerade mit Blick auf die VSS-Gelder – hier hat bereits eine Umlagerung stattgefunden.“

„Bei uns wurden die Rücklagen von 6000 Euro auf 2000 reduziert. Das vorhandene Geld verwenden wir jetzt hauptsächlich für Vertretung, Lernmittel und IT-Support. Die Übernahme von Fortbildungskosten für Lehrkräfte ist jetzt komplett rausgestrichen.“

„Uns fehlen durch die Streichung circa 8000 Euro. Davon sollten eigentlich neue Lehrwerke angeschafft werden. Alternativ hätten wir das Geld auch für Anschaffungen im Sportbereich (Weichböden, Instandhaltung von Sportgeräten) gebrauchen können, da uns gerade auch die städtischen Gelder fehlen.“

„Wir wollen eigentlich einige neue Lehrwerke anschaffen. Die Strei-

chung hat jetzt das Resultat, dass nur noch Schulbücher mit oberster Priorität angeschafft werden konnten. Alles, was der Weiterentwicklung oder Unterstützung pädagogischer Maßnahmen usw. dient, musste gestrichen werden.

Richtig dramatisch sind die Konsequenzen der Streichung der Mittel für die „Verlässliche Schule“ (VSS). Die fehlenden Mittel aus dem kleinsten Budget für VSS-Kräfte schlagen unmittelbar auf die Belastung der

Kolleg:innen durch, die mit hoher Wahrscheinlichkeit noch viel Vertretungsstunden halten müssen.“

„Aus den Rücklagen, die auch bewusst angespart wurden, sollte eine für unsere Arbeit dringend benötigte Software, die die Erstellung von differenzierten und individuellen Lernentwicklungsberichten ermöglicht, finanziert werden. Diese Software ist für unsere Arbeit unerlässlich, um jedem Kind eine passgenaue und individuelle Rückmeldung anstelle einer Ziffernote geben zu können. – Darüber hinaus ist Finanzierung bereits geplanter Sonderprojekte für den Ganztagsbereich ist nicht mehr möglich. Insgesamt geht es bei uns um rund 150.000 Euro.“

„Die Streichungen haben uns dieses Jahr nicht betroffen, weil wir keine Rücklagen bilden konnten. Die Schulleitung ist aber sehr besorgt und sagt, für die nächsten Jahre werde uns das große Schwierigkeiten bereiten.“



Hausaufgaben vorsätzlich vergessen

Dass sich die hessische Landesregierung an schulischen Rücklagekonten bedient, hat eine längere Geschichte – was es aber nicht besser macht

Stellen Sie sich vor, Ihr schulpflichtiges Kind würde seine Hausaufgaben grundsätzlich nicht mehr erledigen. Unvorstellbar? Es ist die Praxis aller Bundes- und Landesregierungen seit 1997.

Der Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hatte die konkrete Ausgestaltung der Vermögenssteuer bemängelt und sie in der damaligen Form als verfassungswidrig erklärt – allerdings nicht die Besteuerung von Vermögen an sich. Auch das Grundgesetz steht einer Vermögensbesteuerung nicht entgegen, im Gegenteil:

Sie wird dort in Artikel 106 sogar ausdrücklich als eine prinzipiell zulässige Steuerart aufgelistet.

Seit 1997 ist nun die Vermögenssteuer, eine wichtige Landessteuer ausgesetzt, weil Bund und Länder bisher der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Reform nicht nachkamen. Dies bedeutete bis heute Einnahmehäufungen für die Länder von rund 400 Milliarden Euro – eine unglaubliche Summe an Einnahmeeverzicht!

Erbliche Steuerausfälle kennzeichnete aber auch die rot-grüne Koalition unter Schröder/Fischer

und ihrem Finanzminister Eichel. Dieser versuchte mit der Steuerreform 2000 erhebliche Steuerausfälle, mit denen Unternehmen entlastet wurden, um deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu verbessern. In den Jahren 2001 bis 2005 lagen die reformbedingten jährlichen Einnahmehäufungen bei 24 bis 43 Milliarden Euro, was gut einem bis zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in diesen Jahren entsprach (vgl. z.B. Eicker-Wolff/Truger 2017). Da diese Steuerausfälle bis heute fortwirken, dürfte der dadurch verursachte Einnahmeverzicht für Bund, Länder und Kommunen mittlerweile die 1-Billionen-Marke erreicht haben.

Die heutige, politisch gewollte Unterfinanzierung der Bildung ist die Kehrseite der ebenfalls politisch gewollten Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche.

Auch in Hessen hatte die SPD unter Ministerpräsident Eichel bereits 1997 die Vorarbeit geleistet. Mit einem Bericht des Staatssekretärsausschusses zur Personalkostenreduzierung und Strukturreform des öffentlichen Dienstes, dem sog. Suchan-Papier sollten die Personalkosten im Landeshaushalt nachhaltig und dauerhaft verringert werden.

Richtig umgesetzt wurde sie dann 1998 mit der sog. „Neuen Verwaltungssteuerung“, derzufolge das Land wie ein privater Konzern behandelt und durchrationalisiert werden sollte.

Die Landesregierung unter Roland Koch (CDU) hat dann von 1999 bis 2009 über eine halbe Milliarde Euro in dieses Steuermodell gesteckt und mit dem Maßnahmenpaket „Operation Sichere Zukunft“ (GEW: „Aktion Düstere Zukunft“) – u.a. die Streichung bzw. Reduzie-

rung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes sowie Arbeitserhöhung – die Budgetkürzungen durchgeführt.

Die Kollegien und Schulbehörden sollten den Blickwinkel von der Pädagogik auf die betriebswirtschaftliche Sicht verändern und über „Zielvereinbarungen“ zur Kostensenkung beitragen.

Parallel dazu wurde nach der Jahrtausendwende eine Debatte um mehr Selbstständigkeit für die Schulen geführt. Dafür gab es mehrere Gründe, die von berechtigter Kritik an der Bürokratie bis hin zur Verantwortungsverschiebung für funktionierende Unterricht bei unzureichenden Ressourcen an die jeweiligen Schulen reichten. Die entsprechenden Modellversuche hießen deshalb auch „Selbstverantwortung plus“ und wurden 2005 zunächst unter Kultusministerin Karin Wolff (CDU) an Beruflichen Schulen gestartet.

2012 wurde das Projekt auch auf alle allgemeinbildenden Schulen übertragen. Dorothee Hentzler (FDP) startete die erste Pilotphase für die „Selbstständige Schule“ an 24 Schulen.

Alle „Selbstständigen Schulen“ erhielten das „Große Budget“. Damit konnten sie über freie Personalmittel zurückgelegt verfügen und Personal für erweiterte pädagogische Aufgaben einstellen oder auch Verträge für schulische Assistenten abschließen. Freie Personalmittel konnten aus nicht besetzten Planstellen, Zuschlägen über die übliche Stellenzuweisung hinaus oder Stellengewinnen aus über-großen Klassen gewonnen werden.

Wenn Schulen langfristig und nachhaltig planen können, wenn sie über ausreichend Mittel verfügen und ihr pädagogisches Profil selbst entwickeln und gestalten können, wird dies zu einer weiteren Verbesse-

rung von Unterricht und Lernergebnissen führen“, sagte Hentzler 2012.

Allerdings stand diese Budgetermächtigung der Schulleitung immer unter dem Vorbehalt, das Budget nicht zu überschreiten, jederzeit die Unterrichtsabdeckung und andere Verpflichtungen zu gewährleisten und Rücklagen innerhalb von drei Jahren zu verbrauchen.

Dies wurde nicht erst in diesem Jahr vielen Schulen zum Verhängnis. So berichtete die GEW schon 2015:

„Aus angesparten Rücklagen des „Kleinen Schulbudgets“ aus dem Jahr 2011 sind zum 1.1.2015 über 13 Mio. Euro verfallen. Auch die Rücklagen aus dem „Großen Schulbudget“ wachsen: 1,7 Mio. Euro 2012 – 7,1 Mio. Euro 2013 – 13,8 Mio. Euro 2014. (Quelle: HKM)“

Niedersachsen hatte die Budgetverwaltung aller selbstständigen Schulen bereits seit 2014 wieder aus Kultusministerium zurückverlagert, weil überdimensional viele Stellen nicht besetzt worden waren (rund 7%!).

Dennoch zeigt die Rückforderung von 20 Millionen Euro, die Schulen aus guten Gründen für pädagogische Arbeit zurückgelegt hatten, dass die Landesregierung keine Skrupel hat, Einschränkungen der pädagogischen Arbeit an den Schulen auch dann zu verursachen, wenn die finanzielle Wirkung sich im kleinsten Rahmen bewegt.

Eine Initiative der Landesregierung zur Aktivierung der Vermögenssteuer, wie sie von zahlreichen Organisationen und Gewerkschaften gefordert wird, ist dagegen nicht in Sicht. Nicht gemachte Hausaufgaben führen zu Problemen ...

Herbert Storn



Unterricht verlegt:
Freiübige IGS-Schülerinnen
im Stadtschulamt Frankfurt

Zivilklauseln und Wissenschaftsfreiheit in Gefahr Hessens Universitäten sollen militarisiert werden

Am 27. März wurde im Hessischen Landtag ein Entschließungsantrag mit dem Titel „*Forschungssicherheit in hessischen Hochschulen in internationalen Krisenzeiten erhöhen*“ angenommen. Eingereicht wurde er durch die Regierungsparteien CDU und SPD. Der Antrag orientiert sich stark am Positionspapier des BMF: „China wird als systemischer Rivale“ gekennzeichnet und für einen „sorgsam, risikobehafteten und zurückhaltenden Ansatz“ in der wissenschaftlichen Kooperation unter der Beobachtung von „Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder“ appelliert. Darüber hinaus soll die Wissenschaftsfreiheit, mit sicherheitspolitischen Interessen in Einklang gebracht und eine „zentrale Stelle zur Beratung und Koordinierung“ für „Forschungssicherheit“ auf Landesebene eingerichtet werden. Nicht zuletzt sollen die Hochschulleitungen weiterhin „bei der Überprüfung von Zivilklauseln“ unterstützt werden.

Wer von einer solchen Entwicklung profitieren würde, ist klar: die Vereinigung Hessischer Unternehmerverbände ist (der

Meinung, „Sicherheit ist Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit“). Zivilklauseln seien Innovationsbremsen und ihre Abschaffung also richtig.

Interessant ist, dass die Landesregierung nicht wie die FDP kurz zuvor das komplette Verbot von Zivilklauseln anvisiert. Scheinbar ist man sich der Sache nicht sicher genug: In Bayern wird aktuell aufgrund einer Popularklage der GEW die Verfassungswidrigkeit des bayerischen Bundeswehrgesetzes inklusive Zivilklauselverbot und leichteren Zugang von Jugendoffizieren in Schulen verhandelt. Zudem positionierte sich auch die Landes-ASten-Konferenz Hessen klar für Zivilklauseln. Das ist gut, aber widerstand wird notwendig sein. Denn hier wird nur auf Landesenebene fortgesetzt, was im Bundesbereich bereits angestoßen wurde:

Der Hintergrund:

Ein Positionspapier des BMF

„Partner, Wettbewerber, systemischer Rivale.“ So charakterisierte die letzte Bundesregierung in ihrer „China-Strategie“ das Verhältnis Deutschlands zu einem seiner größten Handelspartner. Im Zuge der „Zeitenwende“, die sich ursprünglich vor

allem auf den Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine 2022 bezog, wird nun immer häufiger die „systemische Rivalität“ Chinas erwähnt. Solange deutsche Konzerne in China und Profite des chinesischen Marktes dort fette Profite einfuhren, war das kein Problem. Heute ist China ein wirtschaftlicher Gigant geworden und wird zunehmend vom „Partner“ zum „Rivalen“.

Es wird ein Feindbild aufgebaut – auch in Bildung und Forschung: Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMF) machte in seinem Positionspapier zur Forschungssicherheit im Lichte der Zeitenwende vor allem zwei Unterfangen deutlich: erstens solle die „westliche“ Staatengemeinschaft (G7) eine stärkere Isolierung im internationalen Wissenschaftsgefüge unternehmen. Das bedeutet z.B. den zunehmenden Verschluss der eigenen Forschung vor WissenschaftlerInnen aus gewählten Ländern sowie die Erstellung von „Leitlinien“ für WissenschaftlerInnen im Bezug auf den Umgang mit ausländischen KollegInnen. Dabei komme der Zusammenarbeit mit „Sicherheitsbehörden“ eine besondere Bedeutung zu. „Zu den Risiken zählen insbesondere Missbrauch von Forschung, ausländische Einflussnahme, Ausspäh-

von Mitarbeitern und vor allem der Abfluss von Know-how und Technologie ins Ausland“, schreibt das BMF.

Zweitens solle die strikte Trennung von ziviler und militärischer Forschung überdacht werden. Das bedeutet die gezielte Förderung von sogenannter „Dual-use“-Forschung (Projekte mit sowohl ziviler als auch militärischer Nutzbarkeit) sowie die verstärkte Forschungsförderung durch das Verteidigungsministerium. Dabei sehe man „Länder wie Israel und die USA“ als Vorbild in der Umsetzung zivil-militärischer „Synergien“. De facto bedeutet das einen Umbau ziviler Forschung nach militärischen Schallungen. Begriffe wie „Clearingstellen“, „Müllungen“ und „Sensibilisierung“ von wissenschaftlich Arbeitenden sollen schönreden, dass hier eklatant mit der grundgesetzlich garantierten Wissenschaftsfreiheit gebrochen wird.

Die Autorinnen gehen immerhin so weit anzuerkennen, dass die strikte Trennung der Forschungsbereiche eine von vielen Lehren aus der Barbarei des Faschismus ist. „Bislang ist die Zusammenarbeit von ziviler und militärischer Forschung aus gewichtigem historischen Grund auf wenige ausgewählte Bereiche beschränkt.“

Dass das Geschichtsbewusstsein der wissenschaftlich Tätigen dort weit genug zu reichte, um die angestrebte Auflösung der Grenzlinien richtig als Geschichtsvorgessenheit zu erkennen, wird verschämt zugegeben: „Zivil Forschende in Deutschland sind in dieser Hinsicht bislang mitunter zurückhaltend.“

Weitreichende Folgen

Vor allem aus den Entwicklungen in den USA sehen wir, was es bedeutet, alles der „nationalen Sicherheit“ unterzuordnen. Es bedeutet die Einschränkung der demokratischen Rechte der BürgerInnen, der Freiheit der Wissenschaft, von Journalistinnen und vielen anderen. Aber vor allem ist kritisch zu hinterfragen, was eigentlich „nationale Sicherheit“ sein soll? Wenn „Sicherheit“ Abschottung, Feindbildierung, militärische Forschung, Aufweidung oder Abschaffung von demokratisch errungenen Zivilklauseln bedeuten soll, müssen wir widersprechen. Eine solche Politik schafft keine Sicherheit, im Gegenteil. Das ist die Vorbereitung eines Krieges – auch an den Frankfurter Universitäten.

Jonathan Boehle, Studierender an der Goethe-Universität Frankfurt

1. https://www.bmf.de/SharedDocs/DownloadDE/DE/2024/positionspapier-forschungssicherheit.pdf?__blob=publicationFile&cv=4

Tarifeinigung mit TVöD mit Bund und Kommunen

Vorausgegangen waren umfassende Arbeitskämpfe, bei denen in der letzten Warnstreikwoche rund 150.000 Beschäftigte bundesweit auf der Straße waren (siehe Kasten). Zuvor hatten drei ergebnislose Verhandlungsrunden und ein Schlichtungsverfahren stattgefunden.

Als Schlichter hatten Bund und Kommunen den ehemaligen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch benannt, welcher nicht nur uns in Hessen aus den Jahren des Sozialkassenschlags der „Operation sichere Zukunft“ in schlechter Erinnerung ist. Das Auswahlrecht wechselt von Runde zu Runde.

Das Ergebnis entspricht weitgehend der Schlichtungsempfehlung. Prinzipiellen Abweichungen zugunsten der Beschäftigten hatten sich die Arbeitgeber heftig widersetzt. Das Resultat steht noch unter Gremienvorbehalt. Die Tarifkommissionen haben die Annahme empfohlen. Im Einzelnen verständlich sind die Tarifparteien auf folgende Eckpunkte: (Kommunalbereich)

- Die Entgelte erhöhen sich ab April 2025 um 3,0 Prozent, mindestens jedoch um 110 Euro pro Monat,
- ab Mai 2026 steigen die Entgelte nochmals um 2,8 Prozent,
- die Auszubildenden- und Praktikantinnen-Entgelte erhöhen sich jeweils um 75 Euro monatlich zum 1. April 2025 und zum 1. Mai 2026,
- Laufzeit dieser Regelungen: 27 Monate (bis 31. März 2027).

Im Kalenderjahr 2026 steigt die Jahressonderzahlung für Kommunalbeschäftigte auf einheitlich 85 Prozent für alle Entgeltgruppen an. Am stärksten profitieren davon die Entgeltgruppen 13 und höher, die jetzt noch einen Bemessungssatz von 51,78 Prozent haben. Bei den Entgeltgruppen EG 9a bis 12 und S 9 bis S 18 liegt der Ausgangspunkt bei 70,28 Prozent. Bei den Entgeltgruppen 1 bis 8 sowie S2 bis S8B ist der neue Wert mit zurzeit 84,51 Prozent schon fast erreicht.

Bei der Forderung der Gewerkschaften nach mehr Zeitsouveränität für die Beschäftigten blockieren die Arbeitgeber hartnäckig. Ab 2027 konnte aber ein Tag Urlaub mehr für alle durchgesetzt werden. Darüber hinaus wurde für viele Beschäftigte die Möglichkeit eröffnet, Teile der Jahressonderzahlung ab 2026 in zusätzlich drei freie Tage umzuwandeln. Vorbild ist hier übrigens der Tarifvertrag-Hessen, wo eine solche Möglichkeit – für zwei freie Tage – mit der Tarifeinigung 2021 eingeführt wurde. Für Beschäftigte im Besonderen Teil Pflege- und Betreuungsdienste des TVöD gelten abweichende Regelungen.

Viele Kolleg:innen zeigen sich angesichts der Diskrepanz zwischen der ursprünglichen Forderung (8 Prozent, mindestens 350 Euro) und dem erzielten Ergebnis irritiert. Doch seit Aufstellung der Forderungen haben sich die Konjunktur-, und damit die Steuerprognosen, verschlechtert. Es

ist mittlerweile davon auszugehen, dass 2025 das dritte Jahr in Folge ohne nennenswertes Wirtschaftswachstum sein wird.

Eine derart lange Wachstumsschwäche gab beispielsweise Mitte der 2000er Jahre mit den bekannten Folgen nicht nur für die Tarifentwicklung: Nullrunden über drei Jahre hinweg und Arbeitszeiterfahrungen für Landesbeschäftigte. Ein vergleichbares Bild zeigte sich nach der Banken- und Finanzkrise ab 2009 die Konjunktur um rund 5 Prozent zusammenschrumpfte. Die Entgeltverbesserungen für 2010 und 2011 (Tarifabschluss 2010) blieben deutlich unter der 1,5-Prozent-Marke. 2020 knickte die Wirtschaft in Folge der Corona-Krise wiederum ein, diesmal um rund 4 Prozent. Auch danach war eine sehr verhaltene Tarifentgeltentwicklung zu verzeichnen. Immer wieder auftretende Einbrüche beim Wirtschaftswachstum sind offenbar wesentliche Faktoren, die die Handlungsmöglichkeiten gewerkschaftlicher Interessenspolitik einschränken. Das ist beim aktuellen Abschluss nicht anders.

Nun treten wirtschaftliche Krisen in kapitalistischen Systemen zyklisch auf, das heißt sie sind kein Dauerzustand. So konnte über längere Zeiträume hinweg betrachtet die Tarifpolitik in Hinblick auf die Reallohnentwicklung durchaus positiv gestaltet werden. Zwischen 2007 und 2020 stiegen die Entgelte im Bereich des TVöD um insgesamt rund 40 Prozent, während das Preiswachstum bei etwa 20 Prozent lag. Beim Vergleich der Tabellensteigerungen in den jeweils beiden Jahren unmittelbar nach dem Ende ei-

Engagierte Warnstreikaktionen in Hessen



Streikversammlung auf dem Willy Brandt-Platz in Offenbach am 20. Februar 2025

Nachdem Bund und Kommunen auch in der zweiten Verhandlungsrunde nicht einmal ein Angebot vorlegten, kam es in vielen hessischen Städten zu Warnstreiks im öffentlichen Dienst. Demonstrationen und Kundgebungen, die die Warnstreiks begleiteten, fanden in Kassel, Darmstadt, Wiesbaden, Hanau, Bad Homburg, Offenbach und Frankfurt statt.

Am 7. März – ein Tag vor dem internationalen Frauentag – streikten hessenweit mehrere Tausend Beschäftigte im Sozial- und Erziehungsdienst und in der Pflege. Die GEW hat ihre Mitglieder unter dem Motto „Streiktag frühe Bildung“

aufgerufen. Der gemeinsame Demonstrationstzug durch Offenbach bei strahlendem Sonnenschein war kämpferisch. Ein Vorgesmach auf den 8. März waren auch feministische Parolen auf den Plakaten: „Ich bin keine Bastelstange, ich bin Bildungsbefragte“. Die meisten der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst sind weiblich. Eine angemessene Bezahlung und die Anerkennung von pädagogischen Tätigkeiten als qualifizierten Beitrag zu frühkindlicher Bildung sind daher auch aus gleichstellungspolitischer Perspektive wichtig.

Am 11. März streikten branchenübergreifend mehr als 8.000

Beschäftigte in Frankfurt. Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, betonte beim Streikfrühstück, dass sich die Kolleg:innen in den Kitas und der Sozialen Arbeit für gute frühkindliche Bildung und den sozialen Zusammenhalt einsetzen und dass ihre wichtige Arbeit endlich durch ein gutes Tarifergebnis anerkannt werden muss. Der Demonstrationstzug startete vormittags am Hauptbahnhof. Die Abschlusskundgebung auf dem vollen Lössweg um ein Highlight der Streikaktionen mit Beschäftigten aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes, mit musikalischer Begleitung und kämpferischen Parolen.



Für bestimmte Dinge ist sehr viel Geld da, für die Beschäftigten in Bund und Kommunen bleibt leider fast nichts übrig. – Abb.: ziviler-bufo.de, Quellen: IMI und BSV

ner Rezession (Mitte 2000er Jahre, Finanzkrise, Corona-Krise) sind den Entgeltabschlüssen für die anderen Jahre ergibt sich folgender Befund: Im Durchschnitt der Nachkrisenjahre stiegen die Tabellenentgelte um jährlich knapp mehr als ein Prozent, bei einer durchschnittlichen Inflationsrate von gut 2,5 Prozent. In den verbleibenden Jahren der Zeit

von 1997 bis 2024 lagen Entgelttabellenenerhöhungen im Durchschnitt bei rund 2,5 Prozent, während die Inflationsrate durchschnittlich rund 1,6 Prozent betrug.

Bezogen auf das Ausgangsjahr 2020 haben wir es aber bis 2024 noch nie vor mit erheblichen Reallohnverlusten zu tun, die durch das Ta-

rifergebnis 2022 nur zum Teil ausgeglichen werden konnten. Der April-Abschluss für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen ist also beim Entgelt dadurch geprägt, dass noch Reallohnverluste in Höhe von ca. 4,5 Prozent (2020–2024) aufgeholt werden müssten, die Bedingungen dafür in Zeiten der Krise aber schwierig sind.

Unter Berücksichtigung des Mindestbetrags in Höhe von 110 Euro sowie der Verbesserungen bei der Jahressonderzahlung erhöhen sich die Einkommen der Beschäftigten um jährlich 3 Prozent 2025 und 2026. Das gewerkschaftsnahe Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung prognostiziert für diese Jahre eine Inflationsrate in Höhe von je 2,0 Prozent (Prognose vom 21. März 2025). Andere Institutionen liegen etwas darüber. Der Abschluss dürfte aber angesichts dieser Vorhersagen weitere Reallohnverluste bis Ende 2026 vermeiden und in einer Größenordnung von mutmaßlich 1 bis 2 Prozentpunkten die Reallohnverluste aus den vergangenen Jahren weit ausgleichen. Sicherlich wäre hier mehr zu erhoffen gewesen.

Die Konjunkturentwicklung ist zweifellos nicht der einzige Faktor, der die Höhe der Abschlüsse beeinflusst. Eine auskömmliche Finanzierung der staatlichen Ebene

durch ein verteilungspolitisch gerechteres Steuersystem ist ebenfalls ein wesentliches Element, nicht zuletzt, um die weiteren Aufgaben im Bildungsbereich anzugehen. Nach wie vor und spätestens seit der rot-grünen Steuerreform zu Beginn der 2000er ist der bundesdeutsche Staat chronisch unterfinanziert. Deshalb ist es eben auch eine wichtige Ergänzung der Tarif- und Besoldungspolitik, immer wieder auf eine auskömmliche Finanzierung des Staates zu drängen und die Schuldenbremse zu kritisieren. Kräftige Lohnenerhöhungen wären insbesondere in Wirtschaftskrisen ein wichtiges Mittel, um die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Die Kolleg:innen haben bei den vielen Warnstreiks gezeigt, dass sie entschlossen sind, sich für die tarifpolitischen Ziele einzusetzen. Dabei ist die Mitgliedererregung als weiteres zentrales Thema nicht zu unterschätzen: Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist eine entscheidende Stellschraube für die tarifpolitische Durchsetzungsfähigkeit. Mitgliedererregung findet in den Tarifaußenhandlungsprozessen statt. Eine positive Mitgliederentwicklung ist aber auch Voraussetzung, den tarifpolitischen Handlungsspielraum von Gewerkschaften weiter auszubauen.

Rüdiger Bröhlhoff
Luise Brunner

Am Streikposten – auch die Feuerwehr streikt mit.



Die Menschen sind wütend und die Regierung bekommt Angst

Von deutschen Medien weitgehend unbemerkt erlebt unser Nachbarland Belgien aktuell eine Streikwelle enormen Ausmaßes. Der Streik Ende März legte das Land lahm. Ende April folgte ein zweiter, ebenso mächtiger Generalstreik.

Jonas Soete, erst 23 Jahre alt, arbeitet im dritten Jahr als Lehrer in der vierten Klasse einer Grundschule in Antwerpen. Er ist der Gewerkschaftsvertreter der ACOO, der Allgemeinen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst in Belgien und erklärt im Gespräch mit der FLZ was die Menschen auf die Straße treibt.

FLZ: Warum haben sich die belgischen Gewerkschaften dazu entschieden, einen Generalstreik durchzuführen?

J.S.: Seit Ende Januar haben wir die neue Regierung, die „Arizona-Koalition“, bestehend aus N-VA (flämische Ultrarationalisten), CD&V (flämische Christdemokraten), Vooruit (flämische Sozialisten), Les Engagés (frankophone Zentrumsparter) und MR (frankophone Liberale). Schon während der Koalitionsverhandlungen war alles, was durchsickerte, ein Schlag ins Gesicht für alle arbeitenden Menschen. Noch bevor die Regierung offiziell im Amt war, begannen die Gewerkschaften zu mobilisieren. Seitdem gibt es jeden Monat einen großen Streik oder eine größere Aktion. Das Ganze begann vor allem mit uns Lehrer:innen. Die Lehrer:innen in Belgien haben nicht viele Extras, wir haben keine Dienstwagen oder Lebensmittelerstattungen wie in anderen Jobs, aber wir haben eine gute Rente. Und eine der ersten Informationen, die durchsickerten, war, dass im öffentlichen Dienst – also auch im Bildungsbereich – bei den Renten gekürzt werden soll.

Die Regierung will die Menschen bestrafen, die nicht bis 67 arbeiten. In den letzten Jahren hieß es: „Ja, ihr müsst jetzt länger arbeiten, aber das gilt nicht für alle. Für harte Berufe gibt es Ausnahmen.“ Und jetzt streichen sie – wie immer – die Ausnahmen. Jetzt sagen sie: „Alle müssen bis 67 arbeiten. Und wenn ihr das nicht macht, dann be-

strafen wir euch.“ Sie wollen uns für jedes Jahr, das wir früher in Rente gehen, fünf Prozent von unserer Rente abziehen. Wenn man also mit 65 aufhört, verliert man dauerhaft 10 % der Rente – lebenslang. Und alle wissen: Kaum jemand hält bis 67 durch. Das schafft man einfach nicht. Faktisch ist die Anhebung des Renteneintrittsalters also eine saftige Renten kürzung.

Im Bildungssektor ist die Situation doch wie bei euch in Deutschland: Unsere Klassen sind sehr groß und wir haben viel zu wenig Lehrer:innen. Es ist ein schöner, aber ein harter Job. Ich weiß am Ende des Tages manchmal nicht, ob ich mit jedem meiner Kinder überhaupt sprechen konnte. Es gibt Unmengen an Papierkram, und es ist schon jetzt sehr schwer, neue Lehrer:innen zu finden. Viele hören in den ersten fünf Jahren wieder auf. Bei Quereinsteiger:innen aus anderen Berufen ist es noch schlimmer – viele geben schon im ersten Jahr wieder auf, weil der Druck zu hoch ist. Und wenn die Regierung dann sagt: „Ach ja, übrigens, wir kürzen jetzt auch noch eure Renten“ – das ist der letzte Rest, der uns bleibt, und selbst der soll jetzt weggenommen werden. Das macht die Leute wütend.

FLZ: Aber es geht doch nicht nur um die Renten, oder?

J.S.: Es geht auch darum, dass sie uns grundlegende Streikrechte wegnehmen wollen. Zum Beispiel planen sie, die Gewerkschaften rechtlich anders zu behandeln, nämlich als juristische Person. Das bedeutet: Wenn es einen Streik gibt und der Hafen von Antwerpen dadurch Verluste macht, könnte der Hafen die Gewerkschaft verklagen. Die Gewerkschaften könnten zu Entschädigungen oder Strafzahlungen gezwungen werden. Das würde ihre Schlagkraft massiv einschränken. Außerdem müssten die Gewerkschaften dann ihre Finanzen offenlegen – für die Regierung, für die Unternehmen. Wenn die Bosse wissen, wie viel

Geld in der Streikkasse der Gewerkschaft fließt, können sie Streiks gezielter bekämpfen. Es geht darum, uns das Streikrecht und das Recht auf Organisation zu nehmen. Das muss verhindert werden.

Und dann gibt es noch den Umgang mit Geflüchteten. Die aktuellen Pläne wären die härteste, repressivste und niederträchtigste Behandlung von Geflüchteten durch eine belgische Regierung seit dem Zweiten Weltkrieg. Sie wollen geflüchtete Menschen zu Menschen dritter Klasse machen. Konkret heißt das: Menschen, die nach Belgien kommen, sollen fünf Jahre lang von allen sozialen Leistungen ausgeschlossen werden. Kein Zugang zum Gesundheitssystem, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – selbst wenn sie arbeiten. Das ist eine gefährliche Entwicklung, denn es beginnt immer mit den Geflüchteten, aber es endet nicht dort. Danach sind die Arbeitslosen dran. Und irgendwann trifft es auch die arbeitenden Menschen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall, der den Weg ebnet für noch härtere Maßnahmen gegen uns alle. Es ist wichtig, dass wir uns als Gewerkschaft nicht nur als Vertretung unserer Mitglieder verstehen. Wir müssen die Vertretung aller Arbeiter:innen und Arbeiter, der Arbeitslosen, der gesamten werktätigen Klasse sein. Wir müssen das Unten gegen das Oben verteidigen. Gewerkschaft ist nur ein anderes Wort für organisierte Solidarität.

Ja, es geht um die Renten, aber es geht um viel mehr. Die Regierung sagt im Grunde: „Wir scheißen auf euch. Ihr seid uns egal.“ Sie setzen eine Weltanschauung durch, die wir ablehnen. Sie sagen: „Wir müssen bei den Renten und der Sozialversicherung sparen, weil kein Geld da ist.“ Aber gleichzeitig ist viel Geld da, für Kriege, für das Militär. Unsere größte Forderung ist: Stopp das. Stopp diesen Wahnsinn. Stopp die Eskalation und den Rüstungswettlauf. Wir brauchen eine Gesellschaft, in der arbeitenden Menschen



Jonas Soete

„Wir brauchen eine Gesellschaft, in der arbeitende Menschen Respekt erfahren und ein würdiges Leben führen können.“

Respekt erfahren und ein würdiges Leben führen können.

Unsere Verteidigungsministerin hat wörtlich gesagt, sie bewundere das US-System, wo man 1.000 Dollar für einen Zahnarztbesuch zahlen muss – aber dafür haben sie ein riesiges Militärbudget. Sie will, dass auch Belgien in diese Richtung geht: Weniger Sozialstaat, mehr Geld fürs Militär. Alles, was heute in der sozialen Sicherheit steckt, soll ins Militär umgelegt werden. Und das ist natürlich Teil der Diskussion und Teil unserer Streiks.

FLZ: Wie wird es weitergehen?

J.S.: Der wichtigste Punkt ist: jetzt nicht aufhören. Wir hatten jetzt drei Streiks in drei Monaten. Und jedes Mal kündigt die Gewerkschaft direkt das nächste Streikdatum an. Wir

kennen schon den nächsten Termin. Wir werden nicht aufhören, bis sich etwas ändert. Denn wir merken: Die Regierung hat Angst. Sie rudert bei manchen Punkten schon zurück, sagt: „Ja, vielleicht können wir das etwas ändern.“ Unsere Streiks zeigen Wirkung – und deshalb machen wir weiter.

Wir motivieren weiter Menschen, sich zu beteiligen, zu streiken, Aktionen zu machen. Das ist gut so. Der gesamte Regierungsplan muss gestoppt werden. Und wir spüren schon: Die Regierung gerät ins Wanken. Es streiken nicht nur die Lehrer:innen – auch die Arbeiter:innen der Häfen, der Metallindustrie, das Gesundheitswesen. Ich war an den verschiedenen Streikposten, das ist so beeindruckend gewesen.

Beim letzten großen Protestmarsch bin ich mit den Lehrer:innen, Arbeiter:innen aus der Müllentsorgung, Pfleger:innen und vielen mehr gemeinsam gelaufen – das war ein unbeschreibliches Gefühl. Wir konnten uns ja alle nicht und haben doch ein so starkes gemeinsames Anliegen. Wir sind eine breite Bewegung, und die Regierung spürt das. Was uns Hoffnung gibt, ist die Breite des Protests. Alle sind wütend. Man spürt überall die Solidarität. Selbst wenn die großen Medien gegen uns sind – immer mehr Menschen schließen sich dem Kampf an.



GEW-Mitglieder im Gesamtpersonalrat Schule

Name	Schule	Kontakt
Dominique Akoury	Friedrich-Fröbel-Schule	dominique.akoury@gew-frankfurt.de
Christina Avellini	Adornomygnasium	christina.avellini@gew-frankfurt.de
Meike Bär	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	meike.baer@gew-frankfurt.de
Claudia Bremer	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	claudia.bremer@gew-frankfurt.de
Lea Brückner	Berkersheimer Grundschule	lea.brueckner@gew-frankfurt.de
Enis Güleğen	Philipp-Holzmann-Schule	enis.guelegen@gew-frankfurt.de
Sebastian Guttman	BFZ-Frankfurt-West	sebastian.guttman@gew-frankfurt.de
Susanne Hüttig	Staufenbergerschule	susanne.huettig@gew-frankfurt.de
Christina Kolb	Klingerschule	christina.kolb@gew-frankfurt.de
Dirk Kretschmer	Max-Beckmann-Schule	dirk.kretschmer@gew-frankfurt.de
Frauke Matthes	Bergjusschule	frauke.matthes@gew-frankfurt.de
Andrea Peters	Panoramachule	andrea.peters@gew-frankfurt.de
Felix Pressel	Diesterwegschule	felix.pressel@gew-frankfurt.de
Laura Preusker	Münzenbergerschule	laura.preusker@gew-frankfurt.de
Katja Weber	Ernst-Reuter-Schule II	katja.weber@gew-frankfurt.de
Henrich Zorko	Ernst-Reuter-Schule II	henrich.zorko@gew-frankfurt.de
<i>Nachrücker*innen und Gewerkschaftsbaufragte</i>		
Daniel Gnida	Friedrich-Dessauer-Gymnasium	daniel.gnida@gew-frankfurt.de
Sylvia Jasarevic	Julius-Leber-Schule	sylvia.jasarevic@gew-frankfurt.de

Zuständigkeiten

Vorsitzendenteam Meike Bär und Sebastian Guttman

Arbeits- und Gesundheitsschutz	Meike Bär und Laura Preusker	Fragen von Tarifbeschäftigten	Susanne Hüttig, Andrea Peters und Felix Pressel
--------------------------------	------------------------------	-------------------------------	---

Beratung bei länderübergreifenden und hessenweiten Versetzungen

Berufliche Schulen:	Susanne Hüttig	Förderschulen:	Sebastian Guttman
Gesamtschulen:	Katja Weber	Grundschulen:	Lea Brückner und Laura Preusker
Haupt- u. Realschulen:	Katja Weber	Gymnasien:	Christina Avellini

Gesamtpersonalratsbüro: Breitlachstraße 92, 60329 Frankfurt - 60489 Frankfurt gprs.ssa.frankfurt@kultus.hessen.de
Telefon 069-4500488-902 oder -903. – Am besten funktioniert die Kontaktaufnahme per Mail!

Impressum info@gew-frankfurt.de

FLZ vorm. Frankfurter Lehrzeitung
Herausgeber Stadtverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstraße 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069 - 29 18 18, Fax: 069 - 29 18 19, E-mail: info@gew-frankfurt.de

Bürozeiten Geschäftsstelle des Stadtverbandes: dienstags und mittwochs 13 bis 17 Uhr, donnerstags 14 bis 18 Uhr
Vorsitzendenteam Sebastian Guttman, Laura Preusker

FLZ Jann Lossdorfer

Rechtsberatung Daniel Gnida, Sandra Linnemann, Felix Pressel, Judith Werner, montags 15.30 - 17.30 Uhr, Tel.: 069 - 13 37 78 74, in den Ferien findet keine Rechtsberatung statt.

Satz & Layout Karin Dienst, Christian Händer

Druck MTM – Agentur für Werbung, Marketing und neue Medien GmbH

Auflage ca. 5000

Erscheinungsweise 4 bis 5 mal jährlich

Fotos wenn nicht anders angegeben: FLZ

Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgedeckt.

Redaktioneller Hinweis: Die Redaktion freut sich über Zuschriften – möglichst als informierte Word-Daten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Sie behält sich das Recht der Kürzung vor.

Wir danken allen Karikaturisten, Fotografen und Autoren der Bild- und Textmaterialien für die freundliche Überlassung.
Redaktionsschluss Nr. 3-25: siehe homepage

Streichung der gebildeten Rücklagen in diesem Kalenderjahr

Uns erreichten Anfang März diverse Nachfragen aus Schulen, warum plötzlich die beim Kleinen und Großen Schulbudget gebildeten Rücklagen um zwei Drittel reduziert werden. Besonders kritisiert wurde hierbei beispielsweise, dass überhaupt nicht geschaut wurde, was die Schule mit diesen Rücklagen geplant hat. Es werden Planungen über den Haufen geworfen, Löcher gerissen und das Vertrauen, dass Abmachungen und Zusagen für die Hessische Landesregierung eine Bedeutung haben, nachhaltig zerstört. Einige Beispiele sind in dieser FLZ zusammengestellt. Auch hier haben wir dem Staatlichen Schulamt mitgeteilt, welche praktischen Auswirkungen eine solche Politik hat. Natürlich hat hier das Schulamt keine direkte Handlungsmöglichkeit, dennoch halten wir es auch für unsere Aufgabe, die für die Schulen zuständige Behörde möglichst umfassend darüber zu informieren, wie die aktuelle Situation an den Schulen ist.

Stress mit den Abschlussprüfungen und Korrekturtag

Nach den Osterferien starten wieder die Abschlussprüfungen, beginnend mit den schriftlichen Abiturprüfungen. Wir versuchen schon seit längerem, der Verwaltung die Belastungen, die in diesen Zeiträumen entstehen und häufig parallel zum Normalbetrieb nicht zu bewältigen sind, zu verdeutlichen.

Es ist an vielen Schulen leider immer noch ein Kampf, Korrekturtag (oder auch nur einen Korrekturtag) zu bekommen, um die Arbeit bewältigen zu können. Einig sind wir uns mit dem Schulamt, dass es auch im Interesse des Landes liegt, dass Lehrkräfte Arbeitsbedingungen hierfür erhalten, die eine qualitativ angemessene Bewertung ermöglichen. Leider muss an vielen Schulen immer noch individuell befragt und teilweise auch sehr persönlich begründet werden, warum man einen Korrekturtag braucht. Eine weitere Verschärfung der Situation gibt es an Schulen, die viele verschiedene Abschlüsse anbieten (beispielsweise Gesamtschulen mit Oberstufe).

Wir wollen vor allem erreichen, dass die Kolleginnen nicht individuell über jeden Tag verhandeln müssen, da sehr viele dieser Gespräche gar nicht zu führen trauen. Wir finden, dass es zum Vertrauen gegenüber den Beschäftigten, die diese umfangreiche Mehrarbeit stemmen müssen, gehört, dass diese einfach anmelden können, wie viele Korrekturtage sie für ordentlich korrigierte Abschlussprüfungen benötigen, am besten über ein einfaches Formular und ohne Begründung, denn diese ist eigentlich vollkommen klar: es ist sonst nicht zu schaffen. Das folgende Jahr weist eine noch höhere Termindichte auf und es scheint keine zeitnahe Besserung in Sicht, auch deshalb werden wir nicht aufhören, diesen Verbrennen einzufordern.

Langfristig muss ein landesweites Modell her, das für bestimmte Korrekturzahlen feste Entlastungstage gibt, wie es beispielsweise in Niedersachsen der Fall ist. Hier werden feste Korrekturtage gestaffelt nach Länge des Korrekturzeitraums und der Anzahl der Korrekturen. Dies ist sicher auch noch ausbaufähig, insbesondere die Themen Teilzeit

und Entlastung für alle Abschlussprüfungen wären hier zu nennen, dennoch wäre es ein großer Fortschritt, wenn es eine ähnliche Regelung auch in Hessen geben würde.

Nichtschülerprüfungen

Zu den „regulären“ Prüfungen kommen auch noch die „externen“ Prüfungen („Nichtschülerprüfungen“) hinzu. Diese werden an Schulen gegeben und müssen ebenfalls von Lehrkräften abgenommen werden. Da es einen neuen Verteilungsschlüssel in Hessen gibt, werden in diesem Schuljahr und auch zukünftig mehr Prüfungen in Frankfurt stattfinden. Wir verhandeln mit dem Staatlichen Schulamt darüber, dass die betroffene Schule möglichst frühzeitig informiert wird und dass auch durch eine längerfristige Planung (mehrere Jahre im Voraus) die Schulen sich besser darauf einstellen können. Allgemein müssen auch hier Entlastungsmöglichkeiten für die betroffenen Kolleginnen geschaffen werden.

Sommerferienbezahlung

Zum Jahresende wurde der Erlass zur Weiterbeschäftigung in den Sommerferien noch einmal geändert. In diesem Schuljahr ist der Abstand zwischen dem 1.2. und den Sommerferien so kurz, dass sich keine 30 Wochen Beschäftigungszeit ergeben. Aus diesem Grund wurde noch eine Regelung hinzugefügt, die besagt, dass die zum 1.2. eingestellten Personen trotz der zu kurzen Zeit auch die Sommerferien bezahlt bekommen. Dies führt dazu, dass die meisten befristet Beschäftigten nun die Sommerferien bezahlt bekommen. Nur in wenigen Ausnahmen, beispielsweise wenn ein Vertretungsgrund vor dem Sommerferien endet, passiert das nicht. Da es immer denkbar ist, dass auch Fehler geschehen, sollten sowohl die Personalaräte als auch die befristet Beschäftigten selbst schauen, ob beim Fehlen der Sommerferienbezahlung nicht doch ein Grund vorliegt, der eine Bezahlung ermöglicht.

Versetzungen

Auch im aktuellen Versetzungsverfahren setzen wir uns bestmöglich für alle Kolleginnen mit Versetzungsanliegen ein. Allerdings ist die Situation nicht einfach, da deutlich mehr Kolleginnen aus Frankfurt weg als hineinversetzt werden wollen. Auch die stetig steigenden Schülerzahlen sorgen für eine laufende Verschärfung des Lehrkräftemangels. Wir verhandeln mit dem Amt über Freigaben und Aufnahmen und nehmen immer auch die Stellungnahmen der Kolleginnen, die uns zugesandt werden, mit in die Verhandlungen auf, um dem Staatlichen Schulamt die Dringlichkeit der Anliegen zu verdeutlichen. Da es sich aber pro Jahr über 1000 Vorgänge handelt, bitten wir um Verständnis, dass mündliche Beratungen schwierig zu gestalten sind und auch nicht durchgehend in individuelle Rückmeldungen zu Zwischenständen gegeben werden können. Das würde unsere Kapazitäten deutlich übersteigen.

Unterstützung von Datenschutzbeauftragten an Schulen

Insbesondere an vielen kleinen Schulen kann für die anspruchsvollen Aufgaben der/des Datenschutzbeauftragten keine freiwillige Kollegin

Gesamtpersonalrat

gefunden werden. Dies hängt mit der allgemeinen Überlastung, aber auch mit den sehr kleinen Schülerpatern an diesen Schulen zusammen. Wir sprechen mit dem Schulfant schon seit längerem darüber, welche Möglichkeiten es gibt, diese Schulen hier zu unterstützen. Bisher ist die Frage, ob es „externe“ Lösungen für mehrere kleinere Schulen im Verbund geben könnte, noch nicht beantwortet. Dies würde für uns eine mögliche Lösung darstellen und wir werden weiter dafür kämpfen.

Inzwischen konnten wir erreichen, dass eine Abordnungstelle

im Umfang von sechs Pflichtstunden für eine zentrale Ansprechperson an Staatlichen Schulfant Frankfurt, die die Datenschutzbeauftragten der Schulen unterstützt, ausgeschrieben wird. Wir sehen das als ersten Schritt, Schulen bzw. ihre Datenschutzbeauftragten bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Betriebsärztliche Sprechstunde

Es werden weiterhin die von uns angeregten betriebsärztlichen Sprechstunden angeboten, die nicht über die offizielle Anmeldung des Medical Airport Service gehen; letzterer Weg

hat den Nachteil, dass der Schulleitung aus haushalterischen Gründen angezeigt wird, dass jemand diese Beratung in Anspruch genommen hat. Das wünscht nicht jede/r. Man kann sich bei Hr. Dr. Jänsch persönlich anmelden und diskret eine Beratung in Anspruch nehmen. An folgenden Tagen werden Termine angeboten: 11.7., 15.8., 12.9., 17.10., 28.11.2025 – jeweils nach persönlicher Anmeldung im Raum „Kaisersdom“ (3. OG.05.018) in der Breitbacherstraße 92 in Rödelheim, wo das SSA jetzt angesiedelt ist.

Personalratsschulungen

Es gibt auch 2025 wieder über das FHK/B die Lehrkräfteakademie organisierte Personalratlehrgänge – man findet sie, wenn man hier <https://akkreditierung.hessen.de/catalogue> und das Freirextd Feld Personalrat Süd (für Südhessen) eingibt, die anderen Felder leer lässt.

Diese finden dann in Frankfurt statt. Die Grundschulungen Nr. 1–4 sind thematisch unabhängig voneinander, man muss nicht Nr. 2 besuchen haben, um Nr. 3 oder Nr. 4 zu verstehen, man kann nach Interessensgebieten gehen. Als nächstes

findet am 28./29. April die Grundschulung Nr. 3, am 23. und 24. Juni dann die Grundschulung Nr. 4. Die nächste Schulung der GEW/Fraktion im Gesamtpersonalrat für Frankfurter Schulpersonalräte wird am 26.11.2025 stattfinden.

Personalratliche Mitbestimmung bei Mehrarbeit

Nachdem das Amt uns trotz mehrmonatiger Nachfrage immer noch nicht mitteilen wollte (oder konnte), wie sie jetzt genau an Schulen den Begriff Überstunden (Mitbestimmung seit 2023) definieren und wie die planbare und nicht planbare Mehrarbeit in der Mitbestimmung (§78 HPVG) genau gesehen wird, haben wir einen Initiativvertrag zur Erstellung einer Dienstvereinbarung gestellt. In dieser soll geregelt werden, wann und wie an Schulen Mitbestimmung bei planbarer und nicht planbarer Mehrarbeit stattfinden muss (hierfür wird diese in unserem Entwurf auch definieren).

Mehrarbeit darf keinesfalls für längere Zeit oder gar auf Dauer dafür eingerichtet werden, um einen Teil des Personalbedarfs durch die Anordnung von Mehrarbeit abzu-

decken; vielmehr muss sich Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränken. In vielen Schulen ist sie aktuell aber Normalität und wird schon im Voraus eingepreist – das ist einerseits verständlich, da die Personalrat an den Schulen groß ist, führt aber auf Dauer zu ihrer Versteigerung und Überlastung im Kollegium.

Demnach beginnen die Verhandlungen mit dem Amt, unser Ziel ist es, dass die Personalräte endlich an vielen Punkten die bestehende Mitbestimmung ausüben können und diese zum Wohl der Kolleg:innen nutzen.

Umgang und neue Kontaktadren

Das Staatliche Schulfant Frankfurt ist seit Oktober 2024 umgezogen (und somit auch durch die GPRS!) Bitte nur noch folgende Kontaktadren nutzen:

Gesamtpersonalrat Schulfant am Staatlichen Schulfant für die Stadt Frankfurt am Main
Breitbacherstraße 92
60489 Frankfurt am Main
069-4500488/902 oder 903
gprs.ssa.frankfurt@kultus.hessen.de
Am besten funktioniert die Kontaktaufnahme per Mail!



Nachrichten aus dem Hauptpersonalrat

Digitalisierung

Das Ministerium erklärt, dass die zum Jahreswechsel erfolgten internen Organisationsänderungen vor allem auch der Stärkung des Bereiches „Datengestützte Schul- und Unterrichtsentwicklung“ dienen sollen. Hierfür sind u.a. ein Referat „Individuelle Förderung“ und eine dementsprechende Koordinierungsstelle eingerichtet worden. Die Digitalabteilung solle in diesem Sinne eine deutlicher „schulfachliche Ausrichtung“ erhalten.

Initiativvertrag für eine Dienstvereinbarung zur Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften in Hessen

Hierzu gibt es leider keine neuen Entwicklungen. Das Ministerium hat erneut formuliert, dass es sich an der KMK orientieren wolle, wie bereits im September 2024 artikuliert. Eine Erörterung mit dem Ziel einer Einigung konnte durch die Verweigerungshaltung des Ministeriums nach wie vor nicht stattfinden. Der HPRS berät nun über weitere Schritte.

LIV-Einstellungen zum 1.11.2024

Aus dem mittlerweile vorliegenden Abschlussbericht geht hervor, dass die Zahl der Einstellungen trotz Ausweitung der Quereinstellungsmöglichkeiten zurückgeht (1.11.22: 1334 Einstellungen; 1.11.24: 1286 Einstellungen). Die Zahlen differieren je nach Lehramt. Im Haupt- und Realschulbereich nehmen sie weiterhin ab, die zunehmenden Quereinstellungen können dies nicht vollständig kompensieren (1.11.22: 266 Einstellungen, 3 Quereinstieg; 1.11.24: 210 E., 22 QE). Auch im Förderschulbereich gehen die LIV-Zahlen signifikant zurück: 1.11.23: 154 Einstellungen; 1.11.24: 118. Die Anzahl der nicht geeigneten oder zurückziehenden Bewerber:innen nimmt deutlich zu (1.11.2023: 231 Personen; 1.11.24: 388 Personen). Bei den neu eingeführten „Ein-Fach-

Lehrkräften“ bleibt die Nachfrage offensichtlich hinter den Erwartungen zurück.

HLBG – Unklarheiten bei der möglichen Wiederaufnahme des Vorbereitungsdiens

In § 36 (6) wird die Möglichkeit der Wiederaufnahme des Referendariats beschrieben. Unklar bleibt hier jedoch, was konkret eine „berufliche Weiterqualifizierung“ jenseits des Referendariats sein könnte. Das Ministerium erklärt hierzu, dass es grundsätzlich positiv im Sinne der Antragstellenden entscheide und derzeit eine Fallgruppenliste erstelle, welche Sachverhalte als „Weiterqualifizierung“ gewertet werden könne. Zudem sei sichergestellt, dass eine qualifizierte Beratung an allen Studienseminaren stattfindet, um über die Folgen von Kündigung und Optionen für eine Wiederaufnahme zu informieren. Eine Auflistung über anzuerkennende „berufliche Weiterqualifizierungen“ kann das Ministerium derzeit noch nicht liefern.

Einführung „berufswahlapp“ an hessischen Schulen

Mit dem Erlass zur Einführung der webbasierten App vom 29.10.24 ermöglicht das Ministerium den Schulen die Umstellung von den „Berufswahlpass-Ordnern“ auf ein neues digitales Format. Grundsätzlich ist diese Umstellung derzeit freiwillig, allerdings wird die Verordnung zur beruflichen Orientierung (VOBO) in diesem Jahr novelliert und zukünftig hierzu möglicherweise Vorgaben machen. Ende Januar haben 284 Schulen die App genutzt, ausgenommen sind derzeit noch die beruflichen Schulen und verständlicherweise die Grundschulen. An einer Anbindung an das Schulportal werde mit Hochdruck gearbeitet, um die Nutzung möglichst anwenderfreundlich für alle Beteiligten zu gestalten. Problematisch sei hierbei die bundesweite Ausrichtung

und Nutzung der App aus NRW, die Kompatibilitätsprobleme im hessischen System verursache.

Ausgleichsmaßnahme für internationale Lehrkräfte an Haupt- und Realschulen (AMHR)

In der bereits seit über einem Jahr bestehenden Maßnahme wurden die Anrechnungsstunden erfreulicherweise leicht erhöht. Begrüßt hat der HPRS zudem, dass als potenti-

elles Zweitfach nun Arbeitslehre statt Kunst vorgesehen werde. Insgesamt hätten 55 Personen die Maßnahme seit ihrer Auflage begonnen; an einer Zwei-Fach-Qualifizierung wolle das Ministerium grundsätzlich festhalten.

Vu Studentenfeln für die Primarstufe und die Sek. I

Eine kürzlich im Amtsblatt erschiene Verordnung hat an diversen

Schulen für viel Wirbel gesorgt. Hier stand zur Debatte, ob PoWi tatsächlich grundsätzlich einständig in allen Jahrgangsstufen unterrichtet werden soll. Dem ist nicht so, wie es auch aus dem Wortlaut der Verordnung hervorgeht. Jenseits der Änderungen in diversen Schulformen der Sek. I, die entsprechend den Erläuterungen schon vor vielen Monaten vollzogen wurden, ändert sich insbesondere für die Gymnasien nichts.

Mehrarbeit durch Abschlussprüfungen sichtbar machen!

Auch dieses Jahr wird die GEW-Hessen wieder die Möglichkeit geben, Mehrarbeit durch die Abschlussprüfungen zu dokumentieren:

<https://www.gew-hessen.de/details/abschlusspruefungen-werden-fuer-unzumutbare-mehrarbeit-sorgen>

Wir fordern alle betroffenen Kolleg:innen dazu auf, sich daran zu beteiligen, denn es liefert der GEW wichtige Argumente beim Eintreten für die notwendige Entlastung.

Im letzten Prüfungszeitraum fand ein Zeiterfassungprojekt der GEW zur Mehrbelastung durch die Abschlussprüfungen in Frankfurt statt. Kolleg:innen von mehreren Schulen, an denen Abschlussprüfungen stattfanden, erfassen ihre gesamte Arbeitszeit für den Zeitraum zwischen den Oster- und den Sommerferien (15.4. – 14.7.24).

Folgende Ergebnisse kann man hierbei herausstellen: Alle teilnehmenden Kolleg:innen haben in diesem Zeitraum deutlich mehr gearbeitet, als die Sollstundenzahl. Bei einigen gab es in der Zeit nach den Prüfungen zwar

eine Unterschreitung der Sollstundenzahl, dieser reichte aber nicht einmal annähernd aus, um die zuvor entstandenen „Zuvielstunden“ auszugleichen.

Bei vielen Kolleg:innen gab es aber gar keine Unterschreitung. Dies kam insbesondere an Schulen vor, an denen mehrere verschiedene Abschlussprüfungen angeboten wurden (beispielsweise Gesamtschulen mit Oberstufe).

Durchschnittlich wurden pro Lehrkraft in diesem Zeitraum 90,4 Stunden mehr gearbeitet. Dabei gab es auch Einzelwerte von über die 150 Stunden. Man sieht also, dass es sich keinesfalls um kleine Überschreitungen der regulären Arbeitszeit handelt.



Besonders stark war die Auswirkung bei teilnehmenden Teilnehmer:innen, die absolut auf gleiche „Zuvielarbeitszeiten“ wie Vollzeitkräfte kamen, prozentual betrachtet dadurch aber einen deutlich höheren Wert erreichten. Eine Reduzierung der Stelle, die ja auf eigene Kosten erfolgt, schützt also nicht vor dieser Belastung.

Dank des Einsatzes der beteiligten Kolleg:innen konnte noch einmal deutlich aufgezeigt werden: Der einzig richtige Umgang mit den Belastungen, die durch die Abschlussprüfungen entstehen, ist eine direkte Entlastung. Die Vorstellung, dass sich diese dort entstehenden Zeiten mit anderen Zeiten im Verlauf des Schuljahres ausgleichen, ist einerseits falsch, da es nur selten zu Unterschreitungen kommt. Andererseits würde es in der konkreten Belastungssituation kaum helfen, zu irgendeinem anderen Zeitpunkt weniger arbeiten zu müssen.

Deshalb: Durchführung und Korrektur von Abschlussprüfungen müssen angemessen entlastet werden!

Sebastian Guttmann

Demokratiefeinde auf offener Schulbühne entlarven? – Es ist Zeit für eine breite Debatte über den Umgang mit dem Rechtsruck in Schule

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 wurden an einigen Schulen wieder Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Dabei gerieten besonders die Veranstaltungen an der Carl-Schurz-Schule, der Toni-Sender-Schule und dem Gagern-Gymnasium in den Fokus der Öffentlichkeit. Denn dort wurden neben Vertreterinnen der demokratischen Parteien auch die AfD eingeladen. Während am Gagern eine Abstimmung der Schulgemeinde offenbar für einen breiten Konsens für die Einladung der in Teilen offen faschistischen Partei sorgen konnte, kam es an der Toni-Sender wie an der Carl-Schurz zu Protesten gegen die Einladung.

Und in der Tat werfen die AfD-Einladungen – und nicht nur diese – in Zeiten einer merklich nach Rechts gerückten Republik einige Fragen an eingetübte Rituale der politischen Bildung an unseren Schulen auf. Zu diesen gehört auch die Einladung von Politikerinnen in Wahlkampfzeiten, zumal wenn die AfD als Akteur unverblümt gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dabei ist.

Kann dieser Umstand dann mit Fakten-Checks wirklich wirksam bearbeitet werden? Und was könnte das überhaupt bedeuten?

Die drei ehemaligen Carl-Schurz-Schülerinnen Meriem Arfaoui, Bianca Schardt und Alma Tischer argumentieren, dass die Einladung der Neofaschistinnen „unserer berechtigten Sorge über eine Gesellschaft, die uns zunehmend unser ‚Deutschsein‘ abspricht, eine Abfuhr“ erteile. Denn selbst wenn die AfD auf der Schulbühne Kreide fressen sollte und Falsch Aussagen als solche merklich gemacht würden, wird diese Partei und damit z.B. auch ihre Deportationspläne mit der Einladung als legitime politische Position akzeptiert. Hier schließt sich die Hinterfragung des angeblichen staatlichen Neutra-

litätsgebots an, dass die AfD bereits seit Jahren ins Feld führt, um u.a. kritische Lehrkräfte einzuschüchtern. Dazu stellt etwa das Deutsche Institut für Menschenrechte erfreulich eindeutige klar:

„Dabei ist es gerade Auftrag politischer Bildung, Informationen über Parteien einschließlich ihrer Grundsatzpapiere und Positionen ihrer Funktionsträgerinnen sachlich zu thematisieren. Falls es sich dabei um Positionen handelt, die den Menschenrechten entgegenstehen, weil sie etwa rassistisch oder rechtsextrém sind, haben Lehrende nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, solche Positionen entsprechend einzuordnen und ihnen zu widersprechen. Dies gilt auch, wenn es sich um Positionen von in den Parlamenten vertretenen Parteien wie der AfD handelt.“¹

Bedauerlicherweise berufen sich auch Schul- und Schulanleitenden, aber auch Fachschaften in Sachen AfD-Einladung auf das nebulöse Neutralitätsgebot und nehmen damit faktisch die Verletzung des geschützten Raums SchL hin, der die Schüler:innen vor Diskriminierungen jegliche Art bewahren soll. Hier muss ein Diskussions- und Reflexionsprozess angestoßen werden, der die Radikalisierung der so genannten Alternative für Deutschland und ihren Einfluss auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft mit dem Ziel zur Kenntnis nimmt, das es anderer Formen von Bildung bedarf.

Denn der Auftrag der politischen Bildung im ganz unmittelbaren Sinne der Menschenrechte lässt sich nur ohne die Präsenz ihrer Feindinnen im Unterricht oder bei alternativen Formaten zur Bearbeitung von Wahlkämpfen für und von den Schüler:innen gestalten. Das hat die Podiumsdiskussion ohne AfD an der Max-Beckmann-Schule gezeigt. Mit einem Workshop im Vor-



Polina Tantsievich / www.pexels.com

lauf hatte der Stadtschüler:innenrat und die örtliche SV unter dem kritischen Banner „Wo ist die Brandmauer?“ eingeladen.²

Der GEW-Stadtverband Frankfurt hält das Format der Politiker:innen-Podien an sich für mindestens diskussionswürdig. Ähnelt sie doch allzu oft einer Phrasenmaschinerie und dienen mehr der Bewirtschaftung von Triggerpunkten, anstatt Foren gesellschaftlicher Debatten zu sein. Darin sind sie den vielen Politformaten in den Öffentlich-Rechtlichen wie privaten Medienanstalten sehr ähnlich.³

Jenseits dieser Fragen des Wie und Ob von Podiumsveranstaltungen muss jedoch der gesamten Breite des gesellschaftlichen Trends zum Autoritarismus entgegengegriffen werden.

■ Wie kann in Schule etwa offen über den brutalen Terrorangriff der Hamas auf israelische Bürger:innen am 7. Oktober 2023 gesprochen werden? Und ohne dabei – allein schon sprachlich – Vorverurteilungen zu treffen, die auf unsere Schüler:innen zurückwirken und Sprachlosigkeit, Wut und Rückzug bewirken? Gleiches gilt für den völkerrechtswidrigen Krieg Israels in Gaza gegen die dortige Bevölkerung.⁴

■ Wie kann die Thematisierung der disruptiven Politiken von US-Präsident Trump und der Tech-Baronen gelingen? Und dabei eben nicht der allgemeinen Angstpolitik das Wort zu reden – wie sie beispielhaft der Kanzler in spe Friedrich Merz mit seinem „What ever it takes“-Ausspruch bzgl. militärischer Aufrüstung zum Besten gab.

■ Was gilt es insbesondere für eine haltende und unterstützende Praxis für unsere Kinder und Jugendlichen zum Thema Krieg zu beachten? Und ohne dabei in die alten autoritären Fallen moralischer Erpressung à la Bundeswehrmusterung zu verfallen. Das gilt insbesondere angesichts der anhebenden Debatte über eine Wiedereröffnung der Wehrpflicht, die Unterstützung bis hinein in die grüne Partei gebietet.⁵

■ Wie kann der Abschottungsdiskurs gegen Migration in unserer Frankfurter Einwanderungsgesellschaft begegnet werden, wenn dieser wie im Bundestagswahlkampf von AfD, über CDU, SPD, BSW, FDP wieder bis hin zu den Grünen von nahezu allen politischen Akteur:innen befeuert wird?

■ Wie gehen wir mit der immer restriktiver verfolgten Verbot diskriminierungskritischer Sprache durch das HMKB an unseren Schulen um ohne dabei die Queers unter den Schüler:innen und Kolleg:innen alleine zu lassen?

Kurz, es geht in den nächsten Monaten und Jahren in Schule und Gesellschaft um nichts weniger als die Verteidigung unserer auf sozialen Zusammenhalt aufgebauten Demokratie. Lasst uns alle dazu unseren Teil beitragen. Angefangen z.B. damit, dass wir über den Rechtsrückt aber auch darüber ins Gespräch kommen, wie unsere Stadt, wie unsere Gesellschaft morgen aussehen soll und was wir dafür tun können.

Dirk Kretschmer

1 Siehe URL: https://1p.de/neutralitaet_dlmr
2 Vgl. URL: https://1p.de/afw-workshop_mbs
3 Vgl. URL: https://1p.de/triggerpunkte_ndr
4 Vgl. URL: https://1p.de/triggerpunkte_ndr
5 Vgl. URL: https://1p.de/gruener-freiheitsdienst_fr

„Wir sind enttäuscht. Wir sind betroffen. Wir haben Angst.“

Im Folgenden veröffentlichen wir einen offenen Brief von Meriem Arfaoui, Bianca Schardt, Alma Tischer an die Schulgemeinde der Carl-Schurz-Schule in Frankfurt. Die Autorinnen sprechen sich darin für die Einladung der AfD von der Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2025 am 6.2.2025 aus. Der Brief wird von 220 ehemaligen Schüler:innen unterstützt und ist der Schulleitung einige Tage vor der Veranstaltung zugegangen.

Wir haben den Brief vorab als Online-Dokumentation unter <https://kurzlinks.de/online-doku-2-2> veröffentlicht.

Sehr geehrte (ehemalige) Schülerschaft, Lehrerschaft und Elternschaft,

Wir sind enttäuscht. Wir sind betroffen. Wir haben Angst.

Die Einladung der AfD in die Carl-Schurz-Schule (CSS) ist schlichtweg ein Affront gegen diejenigen von uns, die einen Migrationshintergrund haben, queers, jüdisch oder muslimisch sind. Die CSS ist ein Ort, der uns 8 Jahre lang gefordert hat und den wir auch geprägt haben. Projekte wie „Youth for Politics“ oder die Initiativegruppe zur Aufnahme der Schule ins Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ haben wir damals gegründet und mit Leben gefüllt.

Und nun soll auf der Bühne, auf der wir selbst in diesen Projekten, im DS-Unterricht, in Chorproben oder auf Weihnachts-

konzerten standen, ein Vertreter der AfD sitzen. Eine Partei, die erst privat und nun öffentlich über Remigration spricht.

Wenn Sie den Vertreter einer solchen Partei in unsere Schule einladen, können Sie moderneren und bei Falsch Aussagen fact-checken wie Sie wollen. Unterm Strich erteilen Sie damit aber unserer berechtigten Sorge über eine Gesellschaft, die uns zunehmend unser „Deutschsein“ abspricht, eine Abfuhr. Denn durch die Teilnahme der AfD signalisieren Sie, dass es okay ist, sich für eine Abschiebung von „unehchten Deutschen“ auszusprechen. Dass man sagen kann, Hitler war links. Nach all dem kann man noch immer auf eine Einladung in die CSS hoffen.

Wir sagen: Diese rechtsextremen Aussagen sind keine Meinungen, und sollten deswegen auch keinen Raum in der CSS bekommen.

So edel Ihre Grundintention, die Schüler:innen zur politischen Mündigkeit zu führen, auch sein mag: Ihr Vorhaben, eine vom Verfassungsschutz als in Teilen gesichert rechtsextrem eingestufte Partei einzuladen, ist verantwortungslos. Die AfD ist eine Partei, die wiederholt und bewusst in der Öffentlichkeit auf rassistische, antisemitische, Holocaust- verleugnende und historisch revisionistische Aussagen setzt. Wie Umfragen ergeben, schlägt diese Strategie gerade bei jungen Wähler:innen an. Die AfD trotzdem in die CSS einzuladen, ist enorm fahrlässig.

Wir verstehen, dass Sie eine pluralistische Debatte stattfinden lassen wollen, aber der möglichst viele Meinungen vertreten sind. Das ist sicherlich auch von großem Wert für die Schülerschaft. Jedoch muss trotz der Meinungsverschiedenheiten zu mindestens der Konsens vorhanden sein, dass bestimmte demokratische Grundsätze eingehalten werden – wie zum Beispiel die Achtung der Menschenwürde. Diese greift die AfD offenkundig an. Auf welcher Grundlage wollen Sie mit dieser Partei diskutieren, wenn wissenschaftliche Fakten nicht anerkannt werden und Fake News sowie

Falsche Adresse! – Statt der Bildungsdezernentin müsste der Magistrat in der Dauerkritik stehen

Die Umstände um einen umstrittenen Mietvertrag für das Bildungsdezernat zum Anlass zu nehmen, die Dezernentin anzugreifen, statt das Verfahren zu einem für alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis zu bringen, ist ein schlechtes Beispiel für Politik in dieser Stadt. Wer, wie die CDU es tut, gar den Rücktritt der Bildungsdezernentin fordert, hat einen merkwürdig verkürzten Blick auf die Lage der Bildungseinrichtungen.

Tatsächlich mangelt es trotz einer im Schulbau in Frankfurt nie gekannten Bau- und Planungstätigkeit an allen Ecken und Enden. Dies hat aber Gründe, die weit in die Vergangenheit reichen und eine Fülle von Versäumnissen vergangener Regierungskonstellationen und Stadtpolitik aufweisen:

■ Wachsende Stadt seit 2011

40 Jahre lang, von 1970 bis 2011 bewegte sich die Einwohnerzahl fast ausnahmslos unter der von 1970 mit rund 670.000. Erst ab 2011 stieg sie bis 2020 um 13 % auf 764.000 Einwohner. In einer Prognose des Bürgeramts für Statistik von 2023 wird 2028 die 800.000-Marke geknackt.

Von 2011 bis 2016 war der Bevölkerungszuwachs bereits ein Problem für die grüne Bildungsdezernentin Sarah Sorge, die 2016 nach 27 Jahren Frankfurter Schulpolitik in grüner Hand von Sylvia Weber (SPD) abgelöst wurde. Mit zuständig für Schulbau war der CDU-Dezernent Schneider mit dem neu eingerichteten Amt für Bau und Immobilien.

■ Stadt senkt selbst ihre Einnahmen

Neubauplanungen stießen nicht nur auf finanzielle Probleme. Seit 2007 verzichtete die Stadt durch die selbst beschlossene Senkung des Gewerbesteuerbesatzes jährlich auf über

100 Mio Euro, bis heute auf fast zwei Milliarden Euro.

■ Personalabbau rächt sich

Tatsächlich konnte aber die Stadt nicht einmal die im Haushalt für Schulneubauten bewilligten Mittel abrufen, weil das in der Vergangenheit abgebaute Personal für Planung, Ausschreibungen und Controlling fehlte.

■ Privatisierung von Grundstücken

Weil die Stadt auch keine Bevorratung von Grundstücken betrieben hatte, fehlten diese zunehmend – nicht nur für Neubauten, sondern auch für Auslagerungen im Fall von Sanierungen.

■ Verfall der Infrastruktur

Dem Erhalt der Substanz wurde in der Vergangenheit ebenfalls zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Dass Gebäude und andere Infrastruktur sich abnutzen, sollte eigentlich mit der Bildung einer Rücklage für Abschreibung sichtbar gemacht werden. Die veranschlagte Abschreibungsquote ist aber viel zu niedrig.

■ Neue Anforderungen:

Ganztagsversorgung durch Bundesregierungsbeschlüsse

Deshalb sollten die Proteste nicht von denen ausgenutzt werden, die die Probleme verursacht haben. Wenn heute an einer Grundschule bei Mi-

nustemperaturen die Heizung ausfällt, gleichzeitig 50-Tausend Liter Wasser im Erdreich verschwunden und sich bei einer Inspektion herausstellt, dass die Heizungsrohre total verrottet sind, dann stellt sich schon die Frage, wer für solche Zustände verantwortlich war.

Es sei daran erinnert, dass das Bildungsdezernat 27 Jahre in der Verantwortung der Grünen war, so lange wie sonst kaum ein anderer Regierungsposten weit und breit.

In dieser Zeit wurde – wie fast in der gesamten Republik – die Infrastruktur in erheblichem Maße vernachlässigt, Personal abgebaut und in Gemeineigentum befindlicher Grund und Boden privatisiert,

sodass heute die Grundstücke teuer angemietet werden müssen.

Die Sünden der Vergangenheit, die Jahrzehntelangen Verschleppungen müssen jetzt korrigiert werden! Und das ist bekanntermaßen teuer und aufwendiger als bei rechtzeitigem Handeln!

Dafür braucht es aber die Unterstützung des gesamten Magistrats für die von Dezernentin Weber eingeleitete Schulbauoffensive – statt Ablenkungsmanöver.

Denn eins kann jetzt schon festgehalten werden: Noch nie wurden von dem Frankfurter Bildungsdezernat so viele Bau- und Sanierungsvorhaben genehmigt wie seit Amtsantritt von Frau Weber vor acht Jahren. Mit dazu beigetragen hat auch das vor sieben Jahren neu geschaffene Amt für Bau und Immobilien (ABI), damals unter dem CDU-Dezernenten Schneider.

Wenn die Frankfurter Schulbauoffensive immer noch nicht finanziell abgesichert ist, dann sollten andere Dezernate unterstützend tätig werden und ihren Teil der Verantwortung wahrnehmen statt dafür zu sorgen, dass die Bildungsdezernentin sich in internen Prozessen aufreihen muss.

Was wurde auf Drängen der GEW bisher verbessert?

Aus den verschiedensten Gründen hat die Eingliederung des Amts für Bau und Immobilien in das Bildungsdezernat nicht die für die Schulbauoffensive erforderliche Kapazität gebracht. Deshalb sollen Neubauplanungen von der Ausschreibung bis zum Controlling durch die Beauftragung eines Multiprojektplaners aufgegeben werden, der von der Planung bis zur Qualitätskontrolle alle Arbeiten übernimmt und so das Bildungsdezernat entlastet.

Zum Vergleich: In der viel kleineren Landeshauptstadt Wiesbaden sind für Schulbauten vier Dezernate zuständig.

Auch bei den Sanierungen scheint eine Lösung gefunden zu sein. Über die stadteigene Frankfurt Holding GmbH soll über einen Rahmenvertrag und eine neu gegründete Bildungsbaugesellschaft Sanierungen vorgenommen werden. Dazu hat die ABG 10 Schulen begangen und den Sanierungsbedarf festgestellt. Kleinere Sanierungen sollen an weiteren Schulen ebenfalls vorgenommen werden.

Der von der GEW in diesem Zusammenhang beklagten Informationslücke soll dadurch begegnet werden, dass in Zusammenarbeit mit dem Bildungsdezernat alle Gewerke mit Zeitplan auf einer Website abgebildet werden.

Auch das Problem mit fehlenden Grundstücken soll angegangen werden, indem Liegenschaften gekauft oder langfristig angemietet werden.



Foto: NVB Stocker / Adobe Stock

Rechte Hetze den Diskurs bestimmen? Wollen sie zum Beispiel ernsthaft debattieren, dass „die Ausländer“ gar nicht alle kriminell sind?

Nur weil man demokratisch gewählt wurde, heißt das nicht, dass man demokratische Werte teilt (siehe NSDAP). Es gibt Aussagen von AfD-Politikern:innen wie: „Immerhin haben wir jetzt so viele Ausländer im Land, dass sich ein Holocaust mal wieder lohnen würde“ (Marcel Grauf). Keine zwei Wochen nach dem Holocaust-Gedenktag soll nun ein Vertreter dieser Partei eine Büchse in der Carl-Schurz-Schule gegeben werden. Unabhängig von dem noch nicht eingeleiteten Verbotverfahren gegen die Partei steht fest, dass die AfD demokratiefeindlich ist – weshalb sie für uns als Gesprächspartner an der CSS nicht in Frage kommt. Nicht der Ausschluss der Demokratiefeinde gefährdet die demokratische Debatte, sondern die Demokratiefeinde selbst.

Ein offener, pluralistischer Diskurs ist trotz Ausschuss möglich. Sie können und sollten gemeinsam mit den Schüler:innen die Positionen der AfD kritisch beleuchten und diskutieren. Dafür müssen Sie AfD-Ver-

treter:innen keine Bühne geben, auf der sie die Möglichkeit haben, ihr (teils gesichertes) rechtsextrêmes Gedankengut zu verbreiten. Damit würden Sie nur zur Normalisierung solcher Inhalte beitragen.

Seit dem Eintritt der AfD in den öffentlichen Diskurs kursiert die Meinung, man müsse sie nur reden lassen. Dann könne man ihre Standpunkte zum Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung entkräften. Aber selbst nach 10 Jahren all diesen Entkräftens und Argumentierens ist das Resultat, dass die AfD bei 20% in Wahlen und Umfragen liegt. Der Diskurs wird weiter verschoben und man kann nun ganz offen von Remigrationsplänen sprechen und diese in Resolutionen und Wahlprogrammen verpacken. Was vor einem Jahr noch „aufgedeckt“ wurde und hunderttausende Menschen auf die Straße brachte, steht nun in AfD-Flyern.

Sollte sich der AfD-Vertreter bei dieser ersten Podiumsdiskussion allerdings nicht heterzisch äußern, wird der Schaden trotzdem groß sein. Denn wenn die AfD ein Sonntagvormittag in gut sitzendem Anzug in der CSS willkommen gehel-

len wird, erhält die Partei einen seriösen Anstrich. So können sie dann auf der einen Veranstaltung völlig zivil wirken und den Eindruck erwecken „So schlimm sind die doch gar nicht, was sollen die ganzen Anfeindungen?!“ und rücken dadurch in die Mitte unserer Gesellschaft. Wenn sie dann auf der nächsten Veranstaltung das gewohnte Repertoire an völkischem Gedankengut loslassen, wird der Widerstand in der Gesellschaft beobachtbar geringer.

Und ausgerechnet das soll an der Schule CSS passieren? Eine Schule, die nach Carl Schurz benannt ist – ein Revolutionär, der sich für die erste Demokratie Deutschlands einsetzte.

Es ist schwierig als junger Mensch angesichts der jüngsten politischen Entwicklungen nicht in Verzweiflung und Defätismus zu verfallen. Dass Faschist:innen und Rechtsradikale tatsächlich durchkommen, können wir aktuell beobachten: In Italien oder aktuell auch Österreich, wo die neuen rechtsradikale FPÖ den Regierungsauftrag hat.

Die Probleme sind groß und unsere Möglichkeiten beschränkt. Aber insbeson-

dere nach den Protesten der vergangenen Wochen, die in ganz Deutschland die Haltung gegen Faschismus erkingen ließen, trauen wir uns wieder, Hoffnung zu fassen.

Allerdings ist es wichtig, dass es beim Widerstand gegen Faschismus nicht bloß bei einem Lippenbekenntnis bleibt. Wir alle sind nun gefragt, unsere Handlungsspielräume zu nutzen.

Lasst uns also an der CSS den Fokus darauf legen, was wir selbst konkret tun können. Was macht eine starke Demokratie genau jetzt aus? Was braucht es, um gegen die Demokratiefeinde anzukommen? Insbesondere Sie, sehr geehrte Schüler:innen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Sie haben nun die Chance, ihren Versprechungen einer Schule ohne Rassismus auch Taten folgen zu lassen. Deshalb sprechen wir, ehemalige Schüler:innen der CSS, uns für die Ausladung der AfD von der Podiumsdiskussion am 6. Februar aus. Das wäre mal echte Courage!

Mit freundlichen Grüßen
Meriem Arafatu, Bianca Schardt,
Alma Tischler

Veranstaltung im Frankfurter DGB-Haus

Für Bildung, Soziales und Gesundheit – gegen Aufrüstung und Krieg

Im Gewerkschaftshaus diskutierten auf Einladung des GEW Stadtverbands Frankfurt Vertreter*innen von DGB, IG Metall, GEW und Verdi zur Politik von CDU und SPD. Thema war insbesondere die Grundgesetzänderung für eine neue Rüstungspraxis und die die gleichzeitig vernachlässigte Infrastruktur – brandaktuell, wie Rednerinnen und Redner feststellten.

Herbert Storn formulierte für den Veranstalter das Anliegen: Kriege und Aufrüstung sind aus vielen Gründen lebensgefährlich: aus humanitären, sozialen, ökologischen Gründen.

Aber für Gewerkschaften im Speziellen schränken sie die Handlungsmöglichkeiten unheimlich ein und ziehen ihnen den Boden unter den Füßen weg.

Sowohl der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Ru-



V.l.n.r.: Michael Rudolph (DGB), Christian Egner (IG-Metall), Herbert Storn (GEW), Thilo Hartmann (GEW) und Brigitte Brandau (Verdi)

dolph, als auch der hessische GEW-Vorsitzende Thilo Hartmann kritisieren die „gewaltige Aufrüstungsdebatte“ (Hartmann).

„Waffen schaffen keinen Frieden!“ so formulierte es Michael Rudolph und forderte, dass endlich öffentlich über Diplomatie und über eine europäische Sicherheitsarchitektur geredet werde.

Christian Egner von der IG Metall Frankfurt mahnte gerade angesichts der vernachlässigten Infrastruktur eine Erneuerung der Konversionsdebatte an. Dass dies eine schwierige Aufgabe werde, zeige das negative Beispiel von Görlitz, wo Panzer statt Eisenbahnwaggons gebaut werden sollen. Es dürfe nicht sein, dass die höhere Rendite für die Rüstungsproduktion den Ausschlag dafür gebe, was in Deutschland produziert werde.

Britta Brandau vom Verdi-Gewerkschaftsrat wies im Zusammenhang mit dem CDU und SPD ins Gesetzgebungsverfahren eingebrachte Sondervermögen „Infrastruktur“ auf das Grünbuch „Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0 im militärischen Krisenfall“ hin, das vom Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit und dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe jüngst vorgelegt wurde. Hierin wird gefordert, auch die Infrastruktur „kriegstüchtig“ zu machen.

Es entzündete sich Kritik an der Verbindung des Aufrüstungspaketes mit dem Infrastrukturprogramm von 500 Milliarden Euro. Dieses

wurde übereinstimmend als „Köder“ bezeichnet, mit dem die Zustimmung der Gewerkschaften zu einer unbegrenzten Aufrüstung gewonnen werden solle.

Dieses Vorgehen stieß auf breite Kritik, denn einig waren sich alle darin, dass die 500 Milliarden Euro dringend benötigt werden, um den massiven Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur, etwa bei Verkehrswegen, der Bildung und Krankenhäusern und bezahlbarem Wohnraum und der ökologischen Wende beheben zu können. Für diese Bereiche bleibe aber die langfristig notwendige Reform der Schuldenbremse weitgehend aus. Hingegen solle per Grundgesetz ausschließlich die Aufrüstung von der „Schuldenbremse“ ausgenommen werden. Das Sondervermögen werde noch unterhalb des notwendigen Bedarfs gedeckelt, während das Auf- und Wetrüsten nach oben völlig offen bleiben soll; oder wie Friedrich Merz es formuliert: „Whatever it takes.“ Rudolph kritisierte diesen Freifahrschein für die Rüstungsausgaben und forderte eine intensivere Debatte um konkrete Investitionsbedarfe in die Verteidigung und deren Zweck.

Forderungen aus dem Publikum gab es nach mehr Personal in der öffentlichen Daseinsvorsorge. Es wurde kritisiert, dass mit dem Sondervermögen nur der Bedarf bei den Sachinvestitionen gedeckt werden solle, nicht aber die notwendige bessere Personalausstattung in Bildungseinrichtungen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und der öffentlichen Verwaltung.

Als Verhöhnung von Demokratie und von Wahlen kritisiert wurde vom Publikum auch das mittlerweile realisierte Vorhaben, die Grundgesetzänderungen mit dem abgewählten Bundestag beschließen zu lassen, obwohl nur einen Werktag nach der geplanten Schlussabstimmung im Bundestag bereits der neue Bundestag zusammentrat!

Die vom Publikum vielfach geäußerte Kritik an der zunehmend vorangetriebenen Militarisierung der Gesellschaft wurde vom gesamten Podium unterstützt. Frieden könne nur erreicht werden, wenn der soziale Frieden in der Gesellschaft angestrebt werde, so Thilo Hartmann. Deshalb müsse nach Auffassung von Michael Rudolph die Verteilungsfrage in den Mittelpunkt gestellt werden. *Herbert Storn*

DOKUMENTIERT: Aufruf für einen friedlichen Hessestag

Die GEW-Hessen unterstützt das Bündnis „Friedlicher Hessestag“:

Für einen friedlichen Hessestag ohne Militär!

Panzer, Maschinengewehre, Kampfhubschrauber und Militärkonzerte – Mit vielen Veranstaltungen und einer Fülle von Kriegsgeschütz ist die Bundeswehr jedes Jahr den Hessestagen für eine großangelegte Werbeschau. Im Rahmen eines fröhlichen Volksfests sollen Soldat:innen in Uniform ein Bild von der Armee als „normalem Arbeitgeber“ prägen. Hier soll für das Kämpfen mit Waffen und für gewaltsame statt für zivile Konfliktlösungen begeistert werden.

In Europa rüsten NATO, EU und Bundeswehr massiv auf. Allein 2024 betragen die deutschen Ausgaben für das Militär insgesamt 90 Milliarden Euro. Begleitet wird die Hochrüstung durch eine beispiellose Kampagne, um die Gesellschaft kriegstüchtig zu machen. Jugendoffiziere bekommen freien Zugang zu Schulen, die Zivilklausel an den Universitäten soll abgeschafft werden und auch das Gesundheitswesen wird auf Kriegstüchtigkeit umgestellt. Zum ersten Mal seit vierzig Jahren sollen unter dem US-Militärkommando in Wiesbaden Mittelstreckenraketen in Deutschland stationiert werden – Erstschlagwaffen mit einer Reichweite von 2.500 km, die Moskau und Sankt Petersburg erreichen können und atomar bestückbar sind. [...]

Mit ihrem Auftritt beim Hessestag zieht die Armee besonders auf Kinder und Jugendliche ab. Indem die Bundeswehr ihr Kriegsgeschütz als Abenteuerspielfeld arrandiert und selbst Kleinkinder auf Panzer klettern lässt, missbraucht sie kindliche Neugier und Technikbegeisterung. So sollen

Berührungspunkte vor militärischer Gewalt abgebaut werden. [...]

Es wird nicht thematisiert, dass Soldat:innen ausgebildet werden, andere Menschen zu töten und dass sie selbst immer wieder traumatisiert, verwundet oder getötet werden. Es wird nicht darüber gesprochen, dass Kriege auch die Lebensgrundlagen für den Alltag der Überlebenden zerstören, Böden und Wasser auf Jahrzehnte verschmutzen und die natürlichen Lebensgemeinschaften und die Biodiversität angreifen.

Besonders verwerflich ist die Ausbildung Minderjähriger an Waffen und die gezielte Werbung dafür bei Jugendlichen. Aktuell wird von der Bundeswehr jährlich allein für Nachwuchswerbung ein zweistelliger Millionenbetrag ausgegeben. Obwohl der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes Deutschland bereits mehrfach aufgefordert hat, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre anzuknüpfen und die gezielte Werbung bei Jugendlichen einzustellen, werden immer noch – mit Einverständnis der Eltern – bereits 17-jährige in die Armee aufgenommen und Jahr für Jahr ganze Schulklassen von der Bundeswehr zum Hessestag gefahren. [...]

Mit Artikel 69 der Landesverfassung verpflichtet sich Hessen zu Frieden, Freiheit, Völkerverständigung und zur Ächtung des Krieges.

In diesem Sinn werden wir den Hessestag in Bad Vilbel mit Aktionen begleiten. Am ersten Samstag, dem 14. Juni, ist ein Höhepunkt unserer Aktionen geplant.

Aktion Friedlicher Hessestag u.a.



Demonstration gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen am 29. März in Wiesbaden



Friedenspolitik in der Krise

Gewerkschaften in Zeiten der „Kriegstüchtigkeit“

Ulrike Eifler ist Journalistin und Autorin. Von 2009 bis 2019 arbeitete sie als Gewerkschaftssekretärin des DGB. Seit 2023 arbeitet sie für die Industriegewerkschaft Metall in Würzburg.

Das Primat der „Zeitenwende“ ist ein Frontalangriff auf die abhängig Beschäftigten. Dies zeichnete sich bereits im Sondierungspapier von Union und SPD ab. Rüstungsausgaben ab einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes werden von der Schuldenbremse ausgenommen. Während kein Geld für die Tarifreform im öffentlichen Dienst da ist, während die Kindergrundsicherung aus Finanzierungsgründen beerdigt wurde, können alle Ausgaben über 43 Milliarden Euro – sofern sie im Zusammenhang mit Aufrüstung stehen – problemlos finanziert werden.

Dass dieser Freifahrtschein für grenzenlose Rüstungsausgaben früher oder später Fragen der Gegenfinanzierung aufwerfen wird, zeigt ein Blick auf die Koalitionsverhandlungen der Großen Koalition: Unternehmenssteuerreform, weitere Kürzungen beim Bürgergeld und Arbeitszeitflexibilisierungen. Anders als in der Öffentlichkeit dargestellt, enthält das Sondierungspapier keine Einigung zu einer Mindestloohnerhöhung auf 15 Euro, sondern stattdessen ein Bekenntnis zu einer „starken und unabhängigen Mindestlohnkommission“. Und selbst die Ankündigung nach einem Bundesarbeitszeitgesetz läuft Gefahr, dem Primat der Zeitenwende untergeordnet zu werden. Denn wenn sich das Gesetz an dem Entwurf orientiert, den SPD und Grüne noch kurz vor der Wahl be-

schlossen hatten, dann gilt die Tarifbindung bis 2030 ausdrücklich nicht für Bedarfe der Bundeswehr. Vom Vergabeverfahren ausgenommen sind zudem alle Aufträge, die zur Bewältigung einer Krisensituation oder zur Vorbereitung auf eine Krisensituation zwingend erforderlich sind.

Noch interessanter als die Inhalte des Sondierungspapiers sind aber die Reaktionen der Arbeitgeber- und Industrieverbände. Flankiert von den Top-Okonomen machen sie deutlich, dass ihnen die angekündigte Offensive auf den Sozialstaat nicht weit genug geht. Gefordert werden ein höheres Renteneintrittsalter, Ausweitung der Wochenarbeitszeit, mehr Eigenverantwortung im Fall von Krankheit und Pflege sowie die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Zudem zeigen die Karenzgediskussion, die Diskussion über die Streichung von Feiertagen oder jetzt auch der Vorstoß von Gesamtmetall, das Streikrecht einzuschränken, dass die Bereitschaft zu sozialen Zugeständnissen sinkt.

In der „Zeitenwende“ verändert sich also das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Denn in einer gesellschaftlichen Atmosphäre aus realen Deindustrialisierungsverfahren, Inflation und Sozialabbau entsteht ein Klima des Verzichts, das nicht Rückenwind für die For-

derungen der Gewerkschaften mit sich bringt, sondern im Gegenteil: Es ist Rückenwind für die Forderungen der Arbeitgeber nach Lohnverzicht, Arbeitszeiterweiterungen und Abweichungen vom Flächentarifvertrag. Trotz der guten Tarifrabschlüsse der Gewerkschaften insgesamt in den Jahren 2022 und 2023 stellte das IWH fest, dass sich die durchschnittlichen Tariflöhne in 2024 auf dem Niveau von 2016 bewegen. Es zeigt sich, wie sehr auch gewerkschaftliche Tarifpolitik in der „Zeitenwende“ unter Druck gerät.

Gleichzeitig zeigt der militärische Umbau der Daseinsvorsorge, wie die Unterordnung von öffentlichen Versorgungsleistungen unter die Logik des Militärischen zu erheblichen Einschränkungen für die Bevölkerung führt. So erleben wir schon jetzt, dass eine umfassende Bildung und Körpererächtigung der Vorbereitung auf den Dienst an der Waffe weichen werden. Denken wir beispielsweise an das bayerische Bundeswehrfördergesetz, das Lehrkräfte verpflichtet, die Bundeswehr in den Unterricht einzuladen. Denken wir an die Diskussion, im Sportunterricht den Wetwurf mit Handgranatenatruppen zu trainieren. Oder denken wir an den Schüler am Humboldt-Gymnasium in Leipzig, der für den Aufruf zur Kriegsdienstverweigerung einen Schulverweis erhielt.

Aber auch im Bereich der Transport- und Verkehrswege könnte im Spannungsfall die Versorgung der breiten Bevölkerung erheblich eingeschränkt

sein. Grundlage ist das sogenannte Verkehrssicherstellungsgesetz von 1965. Darin wird die Deutsche Bahn dazu verpflichtet, die Verkehrsleistung für die Bundeswehr bereitzustellen. Im niederländischen Fernsehen lief kürzlich eine Reportage über die „Drehscheibe Deutschland“, in der der stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Marcel Bohmert, sagte, dass bei einem Spannungsfall an der Ostflanke über mehrere Monate unser Autobahn-, Schienen- und Hafennetz belegt sein wird, weil mehrere hunderttausende alliierte Truppenverbände und mehrere zehntausende Gefechtsfahrzeuge von West nach Ost einmal quer durch Deutschland geleitet werden müssen.

Besonders gut lässt sich die Einschränkung der Daseinsvorsorge aber im Gesundheitswesen erkennen, wo sich jetzt schon abzeichnet, dass die Verzahnung von ziviler Gesundheitsversorgung und Militärmedizin dazu führt, dass die Militärmedizin auf die vorhandenen Ressourcen der zivilen Gesundheitsversorgung zugreifen soll. Das geht auch aus dem Grünbuch hervor, das die Bundesregierung Anfang des Jahres veröffentlichte. Hier wird im Falle eines Krieges mit 1.000 verletzten Soldaten pro Tag gerechnet, die auch in zivilen Krankenhäusern versorgt werden sollen. Im Grünbuch wird deshalb darauf hingewiesen, dass man die Bevölkerung auf die bevorstehenden Einschränkungen vorbereiten müsse.

Vor diesem Hintergrund ist es eine Illusion zu glauben, die 500 Milliarden Euro Sondervermögen werden dazu führen, dass endlich ausreichend Geld zur Verfügung steht, um kaputte Schuldächer zu reparieren, Pflegekräfte zu entlasten und flächendeckende Kita-Angebote zu machen. In der „Zeitenwende“ ist auch die Investitionspolitik dem Primat der Außen- und Sicherheitspolitik unterstellt. Das heißt, das Sondervermögen wird für die Kriegsertüchtigung der öffentlichen Infrastruktur benötigt.

Foto links: Rednerin Ann Wright, die 2003 aus Protest gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg verschiedener NATO-Staaten auf den Irak aus dem diplomatischen Dienst der USA austrat, überbrachte die Grüße der US-amerikanischen Friedensbewegung und betonte den internationalistischen Charakter der Demonstration.

So hatte die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik bereits letzten Sommer ein Sondervermögen gefordert, um die Brücken und Straßen kriegstüchtig zu machen. Die Stadt Köln plant eine unterirdische Intensivstation. Außerdem steht die „Rail Baltica“ für einen massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur und die infrastrukturelle Anbindung Osteuropas an die NATO. Nicht zufällig gibt es bereits erste Spekulationen, ob die 500 Milliarden Euro Sondervermögen überhaupt ausreichen werden. Und das Bundesverteidigungsministerium kündigte auf der Kommunikationsplattform X an, dass die Summe von 500 Milliarden Euro durch das Einwerben von privatem Kapital auf zwei bis drei Billionen Euro erweitert werden soll.

Seit der Wahl Donald Trumps und der Eskalation im Oval Office sind die deutschen Funktionseliten zu einer Politik offener Kriegsvorbereitungen übergegangen. Die Bundesregierung hat im Dezember des letzten Jahres eine „Nationale Sicherheits- und Verteidigungsstrategie“ beschlossen und damit industriepolitische Schritte zur Expansion der heimischen Rüstungsindustrie festgelegt. Besorgniserregend ist dabei, wie offen über eine Kriegswirtschaft gesprochen wird. So forderte der Chef der Konservativen Parteien im Europa-Parlament, Manfred Weber, die Umstellung der europäischen Wirtschaft auf Kriegswirtschaft – notfalls mit Mehrheiten von rechts. Und Kriegswirtschaft bedeute, so Weber, „dass die Rüstungshersteller künftig am Wochenende im Schichtsystem arbeiten und Unternehmen, die bisher Industrie für zivile Zwecke hergestellt haben, künftig Waffen produzieren werden“. Heißt das, der Staat entscheidet über die wirtschaftliche Ausrichtung eines Unternehmens, und der Staat soll auch in die betriebliche Mitbestimmung eingreifen?

Aus all diesen Gründen müssen die Gewerkschaften ihr politisches Mandat stärker wahrnehmen, und zwar nicht nur sozial- und wirtschaftspolitisch. Die multiple, vielfältige Krisensituation und die zunehmenden geopolitischen Konflikte erfordern es, dass wir die gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrer Gesamtheit betrachten, dass wir die Zusammenhänge sehen und das politische Mandat als ein inhaltlich umfassendes Mandat definieren.

Ulrike Eifler



VOM (UN)SINN ÖKONOMISierter BILDUNG:

PÄDAGOGIK ZWISCHEN
TECHNISIERUNG UND RESONANZ

7. VERANSTALTUNG ZUR ÖKONOMISIERUNGSKRITIK

Auf der Höhe der Zeit

Die Veranstaltungen der AG „Gegen die Ökonomisierung von Bildung“ beleuchten aktuelle Probleme. Über eine ausführlichere Zusammenstellung wird auf der Homepage der GEW informiert.

Prof. Dr. Ralf Lankau:

**„Die pädagogische Wende – Über die notwendige
Besinnung auf das Erziehen und Unterrichten“**

hält die Ergebnisse der jüngsten Pisa-Studie für das deutsche Bildungssystem, vor allem aber für die Zukunft junger Menschen, für verheerend. „Daher müssen wir in einem gemeinsamen Akt der Besinnung auf die Bedeutung von Schule und Unterricht wieder den Menschen als Lernenden und Lehrenden in den Mittelpunkt von Bildungsprozessen stellen. Wir brauchen einen Humanpakt Bildung statt der einseitigen Fixierung auf Digitaltechnik.“

Eva Maria Wehrheim:

**„Von Beziehungslosigkeit, Entmenschlichung und
verlorener Würde – Erziehung und Bildung in der Pflicht“**

schilderte zu Beginn ihres Vortrags das Still-Face-Experiment (E. Tronick), das die schwerwiegenden Folgen eines Beziehungsdefizits in der frühkindlichen Erziehung dokumentiert. Die Digitalisierung könne Schule zwar zeitgemäße Hilfsmittel zur Verfügung stellen, doch als Ersatz für „echte“ Beziehungen und Interaktionen seien diese nicht geeignet. Im Gegenteil: Ihr Einsatz besonders bereits in der frühen Kindheit birgt messbare Folgen für die psychische wie physische Gesundheit des Einzelnen und der gesamten Gesellschaft - bis in deren demokratische Struktur. Auf den Verlust emotionaler und sozialer Fähigkeiten, von Empathie und Solidarität müssen Erziehung und Bildung gemäß ihres ganzheitlichen Auftrags reagieren.

Prof. Dr. Elisabeth Rohr:

**„Zerstört die zunehmende Digitalisierung von Lebens-
bereichen unsere Empathiefähigkeit?“**

zeigte anhand von Studien, dass die Empathiefähigkeit seit der Einführung sozialer Medien, vor allem seit Einführung von Facebook, in gravierendem Umfang nachgelassen hat. Woran dies erkennbar ist und welche konkreten Folgen dies hat, war Gegenstand des Vortrags. Prof. Rohr zeigte auf, dass die nachlassende Empathiefähigkeit mehrere Ursachen hat, die sich allerdings auch auf soziale und politische Lebens- und Gesellschaftsbereiche auswirken. Das gehe so weit, dass damit auch unsere Demokratie in Gefahr gerät.

Dr. Gabriele Frenzel:

**„Pädagogische Kreativität – Über die Bedeutung von
Freiräumen für pädagogisches Handeln“**

fasste zusammen: „Eine Schulkultur, die Spielräume für pädagogische Kreativität lässt, ermöglicht es Lehrer:innen, ihren Unterricht immer wieder neu zu erfinden und zu gestalten. Dadurch wird es auch möglich, Schüler:innen aus „bildungsfernen“ Milieus auf vielfältige Weise anzusprechen, um sie für Schule und Lernen zu gewinnen. Durch den gegenwärtig in Schulen herrschenden Druck in Bezug auf Leistungsbringung und Effizienz entfallen diese Räume aber zunehmend.“ Damit stehen die Bedingungen für sinnvolles pädagogisches Handeln zur Disposition.“

Dr. Nils Schulz:

**„Plastikwörter und Begriffskitsch im Bildungssystem
– Zur Notwendigkeit pädagogischer Sprachkritik“**

hinterfragte die Etablierung einer starken ökonomistischen und technizistischen Sprache, die im Zusammenspiel mit einem wolkigen Gefühlsvokabular pädagogische Begrifflichkeit zunehmend ersetzt. Dadurch würden zum einen kognitive Dissonanzen erzeugt; zum anderen werde neuen Formen entfremdeten Lehrens und Lernens zugebetet.

Prof. Dr. Andreas Helligermann:

**„Die Schule der instrumentellen Vernunft
– Horkheimer reloaded“**

stellte das Problem einer Schule der instrumentellen Vernunft in den Mittelpunkt, in der es um ein Denken geht, das gar nicht mehr umfassend sein will und nicht den Anspruch hat, auch komplexe Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen. Dabei geht es durchaus Wege, um Lernprozesse zu ermöglichen, die über das Erwerben einer instrumentellen Vernunft hinausführen.

Wir nehmen Abschied von unserem Kollegen Rainer Georg-Lilling, der am 23. März 2025 mit 84 Jahren verstorben ist.

Er war seit 1967, also fast 60 Jahre, in der GEW aktiv. Im Bezirksverband der GEW Frankfurt engagierte er sich als Geschäftsführer und als Lehrer an der Musterschule im Fachgruppenvorstand der Frankfurter Gymnasien. Sehr viel später, nämlich 2011, gründete er mit anderen die Personengruppe Seniorinnen und Senioren im BV Frank-



furt. – Als die Regierungspräsidentin noch Schulabteilungen hatten, was bis 1997 der Fall war, vertrat Rainer im damaligen Bezirksper-

sonalrat in Darmstadt die Interessen der Kolleginnen und Kollegen.

Seit Anfang 2000 arbeitete er zusammen mit Marianne Friemelt und Hans Wedel im „Vorstandsteam“ des Gesamtpersonalrats der Lehrkräfte beim Staatlichen Schulamt für die Anlagen der Frankfurter Lehrkräfte.

Rainer prägte die Frankfurter GEW in vielfältigen Funktionen und durch seine eher unaufgeregte Art des Umgangs mit Problemen. Wir behalten ihn in guter Erinnerung.

*Der Stadtverbandsvorstand
Frankfurt der GEW*

In dankbarer Erinnerung an
Alexander Wagner

Am 19. Februar ist Alexander Wagner im Alter von nur 45 Jahren viel zu früh und gänzlich unerwartet verstorben. Wir sind sungslos und traurig über den plötzlichen Tod von Alex.

Alex ist in Mittelhessen groß geworden und hat sich schon früh in der Schülervertretung von der Kreis- bis zur Bundesebene engagiert. Seine von Empathie und Solidarität geprägten Überzeugungen und seine gleichmaßen zugewandte wie verbindliche Haltung haben ihn schon damals ausgezeichnet. In seiner Zeit als Sprecher der Landeschüler:innenvertretung arbeitete er im „Bündnis Bildung für alle“ mit, einem breiten Zusammenschluss verschiedener fortschrittlicher Institutionen, Vereinen, Gewerkschaften und Parteien im Bildungsbereich in Hessen. Seit 2002 war Alex Mitglied der GEW und war maßgeblich an der Gründung der GEW-Studierendengruppe an der Johann Wolfgang-Goethe-Universität 2003 beteiligt. Auch in seiner Funktion als ASTA-Referent für Hochschulpolitik verließ Alex unserem gemeinsamen Anliegen einer Bildung für alle eine starke Stimme. Zusammen mit ihm haben wir einige Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Besonders zu nennen ist seine aktive Rolle in den Aktionen und Streiks gegen die Einführung der Studiengebühren, die letzten Endes erfolgreich verhindert werden konnten.



Foto: Klaus Neuen

Über viele Jahre gehörte er auch dem Vorstand des Regionalverbandes Hochschule und Forschung Frankfurt/Sidhessen an. Er schrieb Beiträge für unsere Hochschulzeitung sowie die bundesweite Studierendenzeitung, war unverzichtbarer Bestandteil der Betriebsgruppe an der Goethe-Universität, organisierte Streik- und Protestaktionen, unterstützte das Organizing-Projekt, engagierte sich in der hessenweiten Mittelbauvernetzung. Die Landesdelegiertenversammlung wählte Alex 2008 und 2021 in das Referat Hochschule und Forschung.

Nach Abschluss seines Studiums der Politikwissenschaften war

Alex ab 2013 für den DGB tätig, zuerst als Jugendbildungsreferent in Gießen, ab 2016 als Organisationssekretär in Frankfurt. Er war für uns ein hilfsbereiter GEW-Kollege bei der Zusammenarbeit im Vorstand des DGB-Stadterverbands, vor allem wenn es für uns als Ehrenamtliche zeitlich mal wieder eng wurde. Nicht zu vergessen ist, dass Alex in seiner Funktion als stellvertretender Frankfurter DGB-Vorsitzender auch die Treffen der DGB-Senior*innen organisatorisch vorbereitet und inhaltlich begleitet hat.

Herzenthemen waren ihm darüber hinaus die Erinnerungskultur, die internationale Solidarität sowie die Bildungsarbeit, nicht zuletzt im Rahmen des GEW-Bildungswerks lea. Zudem hat Alex die antifaschistischen Stadtrundgänge mit konzipiert und durchgeführt. Das Buch zu diesem Projekt ist mit seiner maßgeblichen Beteiligung entstanden und erst vor wenigen Wochen erschienen.

Alle, die mit ihm zusammen gearbeitet haben, werden Alex als engagierten und freundlichen, kompetenten und couragierten, kenntnisreichen und solidarischen Kollegen in Erinnerung behalten. Mit Alex haben wir nicht nur einen leidenschaftlichen Gewerkschaftler, sondern auch einen Freund verloren, den wir sehr vermissen.

*Simone Claar,
Christoph Baumann und
Dirk Kretschmer*

Alexander Wagner hat die Herausgabe des von ihm wesentlich mit initiierten Bands noch erleben dürfen.

Antifaschistische Stadtrundgänge

hat als Ansatz, sich die Geschichte der Stadt Frankfurt am Main während des Nationalsozialismus anders als üblich anzueignen. „Nicht durch Vorträge und Herumsitzen, sondern dadurch, dass wir gemeinsam Orte in der Stadt aufsuchen, an denen sich die Geschichte des Wegs in den Nationalsozialismus, der Vertreibung und Ermordung, aber auch der Gegenwehr und des Widerstands zeigen lässt.“

„Kern des Buches sind die Texte zu diesen Orten, die die Stationen für mögliche Touren durch die Stadt beschreiben. Ganz bewusst schreiben wir „mögliche Touren“, denn wir möchten dazu anregen, sich eigene Touren zusammenzustellen und allein oder mit Freund*innen und Bekannten die Geschichte unserer Stadt zu erkunden.“ Aber auch erprobte Touren werden vorgestellt. Beschrieben werden 64 Stationen bzw. Orte.

Wer einen Stadtrundgang buchen möchte, reicht eine E-Mail mit einer Anfrage mit Wunschzeitraum und Gruppengröße sowie eine Kontakttelefonnummer an:

stadtrundgang@dgw-frankfurt.de

In Zusammenarbeit mit dem DGB-Bildungswerk Hessen wird auch ein einwöchiger BILDUNGSURLAUB angeboten.

